Nr. 428 ♦ 37. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 77

Morgen-Ausgabe

30 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— Mk., monatl. 10,— Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Postbezug: Monatlich 10,— Mk. exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich 16,50 Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 21,50 M. Postbestellungen nehmen an Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 3,— M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 1,— M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 3,— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 15190—15197.

Sonnabend, den 28. August 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz. Nr. 11753—54.

Kontrolle der Waffentransporte.

Arbeiter, Angestellte und Beamte von Berlin und der Provinz Brandenburg!

Entsprechend dem Auftrag der Reichskommission, zur Sicherung strengster Neutralität zur Bekämpfung der Konterrevolution alle Waffen-, Munitions- und Truppentransporte zu kontrollieren, haben die unterzeichneten Körperschaften beschlossen, in Berlin und der Provinz Brandenburg an allen wichtigen Eisenbahnknotenpunkten und Transportwegen Kontrollinstanzen einzusetzen. Diese müssen auf das strengste die Kontrolle aller Waffen-, Munitions- und Truppentransporte durchführen. Eine Ausnahme bilden nur die auf Grund des Friedensvertrages erfolgenden Transporte der Entente, die nachweislich für die Besatzungstruppen bestimmt und als solche kenntlich gemacht sind, jedoch muß auch über diese der untengenannten Zentralstelle sofort Mitteilung gemacht werden. Diese Kontrollstellen sind nicht berechtigt, selbständige Entscheidungen von weittragender Bedeutung zu treffen, sondern sind verpflichtet, in Zweifelsfällen sich sofort mit unserer

Zentralstelle, Genosse Hermann Müller, Berlin O. 27, Schicklerstr. 5/6, Telephon Alex. 3007 und Königst. 3759,

in Verbindung zu setzen. Wir ersuchen die Kontrollinstanzen, ihre Zusammensetzung in derselben Weise vorzunehmen, wie sie von den unterzeichneten Körperschaften erfolgt ist und die Adresse des Obmanns unverzüglich an den Genossen Hermann Müller einzusenden.

Arbeiter, Angestellte und Beamte! An Euch liegt es nun, dafür zu sorgen, daß entsprechend dem Aufrufe der Internationale und der Reichskommission der Konterrevolution keine Waffen und Munitionen geliefert werden und Deutschland nicht zum Tummelplatz chauvinistischer Elemente von West- und Ost-Europa wird.

Für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Bezirksverband Berlin-Brandenburg, Brühl.
Für die Sozialdemokratische Partei, Bezirksverband Groß-Berlin, Häusler.
Für die Gewerkschaftskommission Berlin und Umgegend, Sabath.
Für die Vereinigte Betriebsrätezentrale, Wegmann.
Für die Betriebsräte der S. P. D., Reinknecht.
Für den Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Berlin, Uhlich.
Für den Transportarbeiterverband, Bezirksverwaltung Groß-Berlin, Klose.
Für den Bezirksbetriebsrat der Eisenbahner, Marci.
Für den Zentralverband deutscher Post- und Telegraphenbediensteten, Bezirksverband Groß-Berlin, Heyn.

Tschitscherin verzichtet.

Die russische Antwort an Balfour ist rechtzeitig eingetroffen. Sie verzichtet auf die Bewaffnung der polnischen Arbeiter, um den Frieden zu erlangen. Merkwürdig ist eine polnische Regierungserklärung mit einem Angebot an Sowjetrußland auf gemeinsame Befriedung Mitteleuropas. Wir verzichten! Die Herrschaften haben mit sich selber genug zu tun. Vermutlich dürfte auch Sowjetrußland dankend ablehnen, dem polnischen Imperialismus beizustehen.

Lloyd George soll den polnischen Wünschen nach mehr als 50 000 Mann Soldaten ablehnend gegenüberstehen. Wenn Deutschland nur 100 000 Mann habe, seien 50 000 für Polen genug. Aber Lloyd Georges Standpunkte zeichnen sich durch eine graziöse Beweglichkeit aus.

Die gestörten Verhandlungen.

Warschau, 26. August. (Funkspruch.) Mit Rücksicht auf die noch immer gestörte Funkverbindung mit der polnischen Abordnung in Minsk telegraphierte der Minister des Auswärtigen an den Unterstaatssekretär Dombski, er möge nach Brest-Litowsk kommen, wo er Mitglieder der polnischen Regierung treffen werde und diesen über die Verhandlungen Vortrag halten. Während seiner Abwesenheit in Minsk solle er vom Unterstaatssekretär Wroblewski vertreten werden.

Die polnische Regierung veröffentlicht eine Erklärung, in der es heißt: Der Sieg der polnischen Armee änderte nichts in der Haltung der polnischen Regierung in der Friedensfrage. Der Entschluß der polnischen Regierung, eine gerechte Lösung des Zwistes mit der bolschewistischen Regierung herbeizuführen, ist niemals erschüttert worden. Wir führen keinen Krieg gegen die russische Nation und haben es nie getan. Wir wünschen keineswegs, uns fremdes Land anzueignen; wir sind im Gegenteil der Ansicht, daß freundschaftliche Beziehungen zur russischen Nation eine Grundlage für den dauernden Frieden Osteuropas sind. Unsere Friedensbemühungen müssen aber vergeblich bleiben, wenn die Verbindung der polnischen Regierung mit ihrer Abordnung in Minsk durch technische Schwierigkeiten des Funkverkehrs und der Kurierverbindung gestört wird. Die polnische Regierung muß verlangen, daß alle Schwierigkeiten der Verständigung mit der Abordnung in Minsk ohne Verzug behoben werden; denn allein eine direkte und regelmäßige Verbindung mit unserer Abordnung kann die Bedingungen schaffen, die zu einem befriedigenden Ergebnis der Verhandlungen führen.

•

Der Verzicht Tschitscherins wird in der bürgerlichen englischen Presse als unaufrichtig angesehen. Die Blätter meinen, daß der Verfasser der anmaßenden Note sich zu viel einbilde, wenn er annehme, daß jetzt, wo die unmögliche Bedingung aufgegeben worden ist, die Regierungen in London und Rom den Polen raten werden, den Rest der bolschewistischen Bedingungen anzunehmen, da sie sonst von den Parteien der äußersten Linken der Unehrlichkeit beschuldigt werden würden. Im allgemeinen finden die Blätter, daß es schwierig ist, zu sagen, wie eine vernünftige Regelung der Dinge erreicht werden kann, ohne eine allgemeine Konferenz über die osteuropäische Frage, wie sie Lloyd George ursprünglich vorgeschlagen hat (und die Tschitscherin ablehnt. Red.). Trotzdem ist man der Meinung, daß die Friedensaussichten infolge des russischen Rückzuges besser geworden sind.

Laut „Daily Mail" rechnet man in offiziellen Kreisen mit der Einberufung einer europäischen Konferenz, um den Status der russisch-polnischen Gebiete festzusetzen, deren nationale Zugehörigkeit zweifelhaft ist.

Polnischer Bericht.

26. August. Nordfront. Während der Säuberung des Gebietes westlich der Linie Mlawa—Zychanow wurden wieder 2000 Bolschewisten gefangen. Im Abschnitt der Stadt Leman befinden sich noch einige tausend Bolschewisten, welche sich hartnäckig verteidigend, zur deutschen Grenze zurückweichen. Es wurde „festgestellt", daß unsere Abteilungen von zwei Batterien und Maschinengewehren der Bolschewisten beschossen wurden, die sich auf deutschem Boden befanden. (?) Auf der Chaussee Kolno—Mysonnce erbeuteten wir 6 Geschütze, 10 Maschinengewehre, Fahnen und die Kanzlei der 10. bolschewistischen Kavalleriedivision. Abteilungen der 3. Legionär-Division machten 1100 Gefangene, darunter den ganzen Stab der 57. Sowjetdivision und erbeuteten 4 Geschütze und 12 Maschinengewehre. Wir haben Grajewo besetzt.

Russischer Bericht.

26. August. Unsere Truppen kämpfen hartnäckig um den Besitz der Festungsfront von Brest-Litowsk.

•

Königsberg, 27. August. (WTB. Der polnische Nordflügel ist nicht weiter über die Linie Grajewo—Ossowjez vorgerückt. Die Umgruppierung der zwischen dem Bug und der deutschen Grenze stehenden polnischen Verbände ist im Gange. Ein Grenzübertritt ist nicht mehr erfolgt. Bei Bialystok fanden heftige Kämpfe statt. Oestlich von Lemberg wird auf dem Westufer des Bug gekämpft. Wie das „Allensteiner Volksblatt" meldet, sind am 26. August bei Gehsen der Stab der 10. russischen Infanterie-Division und das Oberkommando der 3. Kavallerie-Division (beide zur 4. Armee gehörend) mit dem Führer General Geo übergetreten. Die ganze polnische Grenze ist nunmehr von den Polen gesperrt.

Wrangel meldet die Einnahme von Noworossisk und Jekaterinodar.

Die Zahl der übergetretenen Russen beträgt übrigens nur gegen 40 000.

In dem polnischen Heeresbericht vom 25. August heißt es: Das bolschewistische Komitee in Soldau, das nach Deutschland geflohen war, wurde unseren Truppen wieder ausgeliefert und vor ein Kriegsgericht gestellt.

Hierzu erfährt WTB. von amtlicher Stelle: Von dem bolschewistischen Komitee, dessen Mitglieder sich auf ostpreußisches Gebiet geflüchtet haben, ist ein Mitglied namens Müller wegen Raubes von der deutschen Gerichtsbehörde verhaftet und in das Gerichtsgefängnis Neidenburg eingeliefert worden. Die anderen Mitglieder befinden sich auf freiem Fuß auf ostpreußischem Gebiet.

Die infolge des russischen Vormarsches am 18. August verlegte Transportstraße für den Ententenachschub nach Danzig und Memel wird ab 26. August wieder auf die frühere Linie Kotzbus—Lissa—Posen—Deutsch-Eylau zurückverlegt. Die Ententekommission kehrt von Danzig nach Deutsch-Eylau zurück.

Der Abtransport.

Durch die Vorarbeiten der zuständigen Stellen in Ostpreußen ist es gelungen, den Transport der internierten Bolschewisten nach dem Innern des Reiches rasch vorwärts gehen zu lassen. Anfang der nächsten Woche werden täglich 2000 Mann nach Pillau abtransportiert werden. Die Zahl wird bis Ende der nächsten Woche voraussichtlich auf 4000 Mann täglich, in der übernächsten Woche sogar auf 6000 Mann täglich gesteigert werden können.

Zur Uebernahme und zum Abtransport der nach Ostpreußen übergetretenen Russen werden zwei Bataillone Reichswehr mittels Schiff nach Pillau transportiert. Ein weiteres soll mit Bahn durch den Korridor nach Ostpreußen geführt werden, wozu das Einverständnis der polnischen Regierung nachgesucht ist.

Wucherfreiheit.

Die Folgen freier Fleischwirtschaft.

Die Nachricht, daß demnächst die Zwangswirtschaft für Fleisch aufgehoben werden soll, hat im ganzen Reiche lebhaftes Aufsehen erregt. In Baden hat man die freie Wirtschaft bereits eingeführt, und die Bestrebungen, nun auch in Preußen das Netz der Zwangswirtschaft in die Ecke zu stellen, wurden immer stärker. Allerdings setzten sich nur diejenigen Schichten der Bevölkerung für eine freie Wirtschaft ein, die damit ein Geschäft zu machen gedachten. Zum Teil berief man sich dabei auf das Vorbild, das der Freistaat Baden mit der Aufhebung sämtlicher Zwangsbestimmungen gegeben hatte.

Es ist nun sehr interessant, aus Stimmen aus dem deutschen Blätterwald einmal einen Einblick in die geteilten Meinungen zu gewinnen. So finden wir in der „Kremmener Zeitung" folgenden Erguß eines Freihandelsfreundes, der aus seiner süddeutschen Heimat folgendes schreibt:

„Ich las kürzlich, daß im tonangebenden Lande Preußen die Hausfrauen sich und ihren Angehörigen mit der „Fleischkarte" immer noch die Tage verärgern müssen. Im Freistaat Baden hat man mit solchen Kriegszwangsmaßnahmen längst gebrochen. Der freie Handel blüht und die Fleischerläden von heute unterscheiden sich in nichts mehr von denjenigen Anno 1914. Die Freude bei alt und jung ist groß. Die Aufhebung der Fleischzwangsbewirtschaftung feierten die Metzgermeister von Säckingen durch einen Umzug, der von einer Musikkapelle eröffnet wurde. In der Mitte des Zuges befanden sich sechs mit Fahnen geschmückte Schlachttiere, und den Schluß machte ein mit vielen amtlichen Verordnungen ausstaffierter Wagen und eine magere Wurstkuh. Ich würde mich freuen, in Bälde von einer ähnlichen Kundgebung in Kremmen zu lesen."

Es berührt ganz eigenartig, daß gleich nach der Aufhebung der Zwangswirtschaft sechs mit Fahnen geschmückte Schlachttiere vorhanden gewesen sind, während man vorher dauernd über den Viehmangel geklagt hat. Früher mußte der profitgierige Landwirt unter dem Zwangssystem sein Vieh hintenherum verkaufen, um hohe Preise zu erzielen. Diese Vorsicht ist nun nicht mehr notwendig. Jetzt steht Wucher und Preistreiberei von „Rechts wegen" in vollster Blüte, weil kein Mensch da ist, der dem Treiben der Händler und Aufkäufer einen Riegel vorschiebt. Wie preisverteuernd die voreilige Maßnahme in Baden gewirkt hat, geht aus Zeitungsnotizen hervor, die schon Ende Juli in ganz dürren Worten mitteilten:

„Auf dem heutigen Wochenmarkt in Karlsruhe hatten zum ersten Male die Metzger ihre Fleischverkaufsstände aufgeschlagen. Das Pfund Rindfleisch kostete allerdings 11 Mark."

Das ist eine Tatsache, die nicht zu leicht bewertet werden sollte! Wenn schon Ende Juli, also kurz nach der Freigabe des Handels, ein so hoher Preis gefordert wurde, dann war unzweifelhaft anzunehmen, daß die Preise weiterhin rasend steigen und daß von interessierter Stelle kein Mittel unversucht gelassen würde, die günstige Gewinngelegenheit für sich auszubeuten. Diese Annahme schlug nicht fehl, denn jetzt ist die „Deutsche Fleischerfachzeitung" in der Lage mitzuteilen, daß sich gerade in Baden der tollste Schieberhandel breit macht. Es heißt dort:

„Seit einigen Wochen ist die Zwangswirtschaft in Baden aufgehoben und landauf und landab kann man Händler in den landwirtschaftlichen Anwesen herumgehen sehen, die den Bauern geradezu fabelhafte Preise für ihr Vieh anbieten und zahlen. Sämtliches bis jetzt verladene Vieh wurde an die Rheingrenzstationen aufgegeben, was zu denken gibt. Daß aber Breisach und nicht z. B. Freiburg als Bestimmungsort gewählt wird, ist geradezu verdächtig. Als die Fessel der Zwangswirtschaft fiel und in den Metzgereien wieder Fleisch markenlos zu haben war, atmete alles auf. Aber wie lange kann dieser Zustand anhalten, wenn ganze Extrazüge mit Schlachtvieh nach dem Elsaß verschoben werden. In absehbarer Zeit **muß notgedrungen die Zwangswirtschaft wieder eingeführt werden,** weil das badische Land ausverkauft ist mit Schlachtvieh ..."

Hier droht eine Gefahr, die nicht unterschätzt werden sollte. Hebt man die Zwangswirtschaft in einem Augenblick auf, in dem die Nachfrage unendlich größer ist als das Angebot oder der Vorrat, dann sind derartigen Vorkommnissen wie in Baden Tür und Tor geöffnet.

Darüber sind wir uns alle klar: Die Zwangswirtschaft ist kein Ideal, und der „Zwang" ist für viele Händler nur dazu da, daß er durchbrochen wird. Weil aber im Falle des Erwischtwerdens doch der Strafrichter ein gewichtiges Wort mitzureden hat, organisiert man einfach den Generalsturm, um die gänzliche Beseitigung des verhaßten, verdienstbeschneidenden Systems durchzudrücken. Nicht einmal die Notwendigkeit einer planmäßigen Uebergangswirtschaft soll gelten, sondern die Ausplünderung der Konsumenten ohne irgendwelche Einschränkung ist das Ziel.

Die Folge einer unbeschränkten „Verdienst"möglichkeit für Viehzüchter, Händler und Zwischenhändler muß ohne

weiteres dazu führen, daß eine große Unruhe in die Bevölkerung getragen wird. Bekanntlich hatte die Deutsche Volkspartei vornehmlich die Aufhebung der Zwangswirtschaft zu ihrer Wahlparole gemacht und dabei versichert, daß unter dem Freihandel ein Sinken der Preise eintreten würde. Wie sehr man sich in dieser Annahme getäuscht hat, muß die „Deutsche Allgemeine Zeitung" jetzt ihren der Volkspartei nahestehenden Lesern mitteilen. Man findet dort folgendes Klagelied:

„Seit einigen Wochen war im Kreise Fischhausen (Ostpreußen) versuchsweise die Zwangsbewirtschaftung für Fleisch aufgehoben worden. Statt eines Sinkens der Preise machte sich ein geradezu unglaubliches Steigen bemerkbar. Es gab zwar überall reichlich gutes Fleisch, aber die Preise stiegen beispielsweise bei Schweinefleisch bis zu 16 M. das Pfund. Vergebens verwarnte der Landrat die Fleischverkäufer, vergebens machte die Fleischerinnung ihren Mitgliedern Vorhaltungen. Nunmehr hat der Landrat sämtliche Fleischereien zwangsweise geschlossen, und zwar zunächst bis zum 4. Oktober. Es ist die verschärfte Zwangsbewirtschaftung wieder eingeführt und das Strafverfahren gegen sämtliche Fleischer wegen wucherischer Ausbeutung des Publikums eingeleitet worden."

Es ist ganz selbstverständlich, daß sich nach den angeführten Vorkommnissen, bei denen es sich nur um ländliche Gebietsteile handelt, die dichtbevölkerten Städte und Großstädte ganz energisch gegen die Aufhebung der Zwangsbewirtschaftung wenden. Welche Folgen die Aufhebung der Fleischrationierung nach sich zieht, haben die Vertreter der Groß-Berliner Gemeinden und der Kreise Teltow und Niederbarnim in einer Denkschrift niedergelegt, die sie der Reichsregierung übergeben haben. Es wird dort frank und frei erklärt, daß die Gemeinden bei Aufhebung der Zwangswirtschaft nicht in der Lage wären, die bisherige Fleischversorgung der Groß-Berliner Bevölkerung auch nur annähernd aufrechtzuerhalten. Die Groß-Berliner Gemeinden lehnen jede Verantwortung ab und erklären, daß die Folgen unübersehbar seien.

Wer mit einiger Verantwortung ausgestattet ist, sieht mit größter Sorge, wie sich die Reichsregierung auf ein Experiment versteift, das die schlimmsten Wirkungen haben muß. Man soll der Regierung immer wieder die unausbleiblichen Folgen vor Augen halten, die vor allem auch darin bestehen, daß der Arbeiter außerstande ist, die unsinnig hochgeschraubten Fleischpreise aufzubringen. Den Bemittelten wird das Leben erleichtert, dem übrigen Volke aber in unverantwortlicher Weise erschwert.

Ein Gebiet, das mit dieser Frage in ureigenstem Zusammenhang steht, ist die kommunale Bewirtschaftung der Fleischversorgung. Die Kommunalverbände haben bekanntlich auf Grund der Verordnung vom September 1915 die Fleischversorgung zentral zu regeln. Ebenso soll die Wurstherstellung zentral erfolgen. Die kleinen Fleischermeister haben es aber namentlich in letzter Zeit vorzüglich verstanden, mit viel Geschrei die Kommunen zu bearbeiten, und haben auch in vielen Städten bereits Erfolge erzielt. Wir können uns heute wirklich den Luxus nicht leisten, daß z. B. in einer größeren Stadt, wegen der geringen Wurstmasse, die zur Verfügung steht, 200 Fleischermeister ihren Wurstkessel anheizen, ihre Motore und Maschinen lauten lassen und unnötige Lichtverschwendung treiben. Bei einer derartigen Kräfteverzettelung kann zudem gar nicht festgestellt werden, ob die der Allgemeinheit gehörenden Produkte auch tatsächlich der Bevölkerung wieder in ordnungsmäßiger Weise zugeführt werden. Es ist den Bestrebungen der Fleischermeister gegenüber unter allen Umständen abzulehnen, ihnen die kommunalisierten Betriebe wieder zu übertragen, vielmehr ist im Interesse der Wirtschaftlichkeit die Beibehaltung dieser Kommunalbetriebseinrichtungen anzustreben.

Man muß immer wieder den Grundsatz festhalten, daß nur in ganz planmäßiger Weise die Zwangswirtschaft abgebaut werden darf. Wenn diese unbedingt notwendigen Uebergangsstadien nicht eingehalten werden, wird dem schrankenlosesten Wucher der Weg geebnet. Ostpreußen und Baden sind dafür typische Beispiele.

Alex J. Selling.

Die Welle der Pöbeleien.

Was sich in Breslau abspielte, ist zu einem guten Teile die Rückwirkung der polnischen Gewalttaten, denen unsere Landsleute in Oberschlesien und in Polen ausgesetzt sind. Zum andern aber wirkt sich darin aus der nationalistische Pöbelinstinkt, der noch zu allen Zeiten und in allen Ländern sich breit macht. So ungeheuerlich die Meldungen aus Polen und Oberschlesien auch sind, so ist doch nicht daran zu zweifeln, daß sie mit dem Maße der Entfernung von den eigentlichen Orten des Geschehens wachsen und in ihrer Grauenhaftigkeit noch gesteigert erscheinen. Die Augusttage von 1914 mit ihren ungeheuren Schwindelnachrichten liegen doch noch nicht lange genug zurück, als daß das ganze deutsche Volk vergessen haben könnte, wie sehr es sich wappnen muß gegen die Sucht zur Uebertreibung.

Es ist nötig, das immer wieder zu betonen, damit nicht der Breslauer Skandal sich über das Land fortpflanze. Die Reichsregierung sieht sich heute sogar veranlaßt, durch Wolffs Bureau folgende Meldung über Ausschreitungen in Westpreußen zu verbreiten:

In dem zufolge der Abstimmung wieder zu Deutschland gelangten Teile Westpreußens hat sich in den jüngsten Tagen die monatelange Erregung der Deutschen in bedauerlichen Vorfällen Luft gemacht. Wenn es auch nicht zu Ausschreitungen gegen Leib und Leben gekommen ist, so hat doch die polnische Bevölkerung mehrfach zu leiden gehabt. In Freystadt wurde der Pfarrer aus der Kirche geholt und gezwungen, eine polnische Fahne zu verbrennen. Bei Bischofswerder ließ sich die erregte Menge zu Verletzungen der Grenze hinreißen, an anderen Stellen wurden polnische Einwohner zum Verlassen der Häuser gezwungen und mit Vertreibung bedroht. Die Reichsregierung hat bereits ihre ernste Mißbilligung derartiger Vorfälle zu erkennen gegeben. Sie wird mit aller Energie für Aufrechterhaltung von Ruhe und Sicherheit in den Gebieten mit deutsch-polnischer Bevölkerung sorgen. Nur dann, wenn der in Deutschland lebende Pole durchaus unbehelligt bleibt, vermag die Reichsregierung mit Nachdruck für die in Polen lebenden Deutschen einzutreten.

Wegen der Breslauer Dummejungenstreiche hat sich die deutsche Regierung bereits entschuldigen müssen. Der Stellvertreter des Reichsministers des Auswärtigen, Gesandter v. Rosenberg, hat sich zum französischen Botschafter und polnischen Geschäftsträger begeben und ihnen das Bedauern der deutschen Regierung über die Vorfälle in Breslau ausgesprochen. Mit dem Bedauern allein ist es allerdings nicht getan. Wir zweifeln nicht daran, daß weitere Nachrichten über die skandalösen Vorfälle uns noch sehr peinlich überraschen werden.

Inzwischen liest man, daß endlich auch der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammentreten soll, und zwar am kommenden Mittwoch. Es ist immer noch reichlich spät. Daß General v. Seeckt, der Chef der Heeresleitung, sich „nach Schlesien begibt", wird amtlich mitgeteilt. Er will angeblich dort Besprechungen mit den militärischen Dienststellen abhalten und die Reichswehr besichtigen.

Pilatus wäscht die Hände . . .

Die gesamte Rechtspresse bemüht sich eifrig, die Breslauer Exzesse zu verurteilen und von ihren tatsächlichen Urhebern abzurücken. Aber gerade dieser Eifer ist nur das Zeichen eines nicht sehr guten Gewissens. Die „Deutsche Tageszeitung" meint, daß der hetzerische Ruf „Wo ist das polnische Konsulat?", der sozusagen das Signal zu den wüsten Exzessen bildete, von einem polnischen Spitzel stammte. Das mag schon sein, und das Organ einer Partei, die sich für die Entfesselung des Bürgerkrieges mit Vorliebe der Spitzel bedient, mag vielleicht instinktiv das Richtige getroffen haben. Aber alles Bedauern und Verurteilen der Breslauer Ausschreitungen wird die geistige Urheberschaft jener Kreise, Parteien und Blätter nicht aus der Welt schaffen, die seit Jahr und Tag am Werke sind, die Geister im wüstesten nationalistischen Sinne zu beeinflussen und die bei früheren Vorkommnissen dieser Art alles andere als Worte der unzweideutigen Mißbilligung haben ertönen lassen. Wir erinnern nur an den Bubenstreich vom 14. Juli am Pariser Platz: war es nicht gerade die „Deutsche Tageszeitung", die in den schmierigsten Ausdrücken die Belohnung kritisierte, die von den Behörden für die Ermittelung des Täters ausgesetzt worden war?

Geradezu grotesk aber mutet es an, wenn die „Deutsche Tageszeitung" die indirekte Schuld an den Vorfällen der — Revolution zuzuschreiben versucht, indem sie schreibt:

„Aber auch hier ist es doch die Revolution, die die Massen zuerst auf die Straße geführt, die vor allem das Kontingent der „wilden Redner" geschaffen hat."

Verzeihung! Lange vor der Revolution haben wir „Massen" und „wilde Redner" auf den Straßen gesehen, namentlich in den gewitterschwangeren Julitagen 1914, als alldeutsche Banden „Unter den Linden" mit kriegslüsternen Rufen durchzogen, vor den verschiedenen Botschaften demonstrierten und fremdsprachige Schilder herunterrissen. Arbeiter und Sozialdemokraten waren dies nicht, sondern Anhänger und Leser der „Deutschen Tageszeitung". Und ebenso blieben der Donnerstag-Demonstration in Breslau die sozialdemokratischen Arbeiter fern, während die „nationalen" Kreise dort zweifelsohne vollzählig erschienen waren.

Ueberhaupt machen sich allerhand bedenkliche Reminiszenzen aus den Wahnsinnstagen von 1914 in den jüngsten Tagen bemerkbar: Wilde Gerüchte durchschwirren die Luft, Greuelgeschichten werden kritiklos abgedruckt oder von Mund zu Mund verbreitet — und genau wie damals sorgen die Feinde der Demokratie dafür, daß das Kontrollrecht der Volksvertretung nicht ausgeübt werde, auf die Gefahr hin, vor vollendete, nicht wieder gutzumachende Tatsachen gestellt zu werden.

Die Wut der Rechtspresse richtet sich mit besonderer und vereinter Kraft gegen die Judenpresse, weil das „Berliner Tageblatt" die Breslauer Meldungen unter der Ueberschrift „Alldeutsche Ausschreitungen" veröffentlicht habe. Mag sich die deutschnationale Presse noch so harmlos — oder dumm — stellen, sie wird die Tatsache nicht aus der Welt schaffen können, daß — nach dem in ihren Augen wohl unbefangenen Zeugnis des kappistischen WTB. — die Breslauer Ausschreitungen sich nicht allein gegen die Polen und die Franzosen, sondern auch gegen die Juden gerichtet haben. Und dieser Umstand allein, mag er von der „Deutschen Tageszeitung", der „Kreuz-Zeitung" und dgl. noch so kasuistisch bestritten und heuchlerisch bedauert werden, genügt, um sowohl die geistige, wie auch die tatsächliche Verantwortung der rechtsstehenden Kreise an den Breslauer Exzessen festzunageln.

Zwing-Danzig.

Ein Geschwader von vier kleinen englischen Panzerkreuzern in Begleitung von einigen Hilfsschiffen ist in die Danziger Bucht eingelaufen und ankert auf der Reede unmittelbar vor Neufahrwasser. Im Hafen liegen zwei weitere englische Kriegsschiffe, sowie zwei französische Panzerkreuzer. Der englische Marineminister Long kommt gleichfalls nach Danzig.

Nach einer Havas-Meldung aus Antwerpen hat das amerikanische Schiff „Marozawa" den Hafen mit Munition an Bord verlassen und ist nach Danzig abgefahren.

Die Führungen in den Staatsmuseen.

Eine der ersten Sorgen der sozialistischen Regierung im Bereiche der Kunstverwaltung war es nach der Revolution, dafür zu sorgen, daß die Museen, die Schatzkammern der Kultur, dem Volke wirklich erschlossen würden. Leider hat der chronische Geldmangel es verhindert, weitergehende Reformen in den Museen durchzuführen, insbesondere aus der Ueberfülle wechselnde kleine Ausstellungen herauszuheben und bloß gefährtes oder Bildungsgut vor dem lebendig Fortwirkenden zurücktreten zu lassen. Immerhin wurde mit Eifer versucht, durch die Organisation von Führungen größere Anteilnahme und erhöhtes Verständnis (und hoffentlich auch vermehrten Genuß) zu schaffen. Generaldirektor Bode erstattet in der „Voss. Ztg." darüber Bericht (warum geht solches Material nicht allen Zeitungen zu?). Er teilt mit: „Eine glückliche Neuerung war die Ernennung eines besonderen Beamten zur Regelung der Führungen und Vorträge. Diese hatten schon vor dem Kriege und haben jetzt wieder so zugenommen, daß ohne genaue Kontrolle unangenehme Kollisionen nicht zu vermeiden waren. Haben doch allein im Kaiser-Friedrich-Museum im ersten Halbjahr dieses Jahres etwa 300 angemeldete Führungen stattgefunden, daneben noch zahlreiche nicht angemeldete, welche die Kontrolle noch mehr erschweren. Inzwischen haben wir auch sonst alles getan, um die „Popularisierung" zu steigern, noch über das Maß vor dem Kriege. Aber es sieht mit der Ausführung unserer Absichten für die nächste Zeit leider recht bedenklich aus! Die Museen lassen sich nicht wieder bis zur Dunkelheit, sondern nur bis 4 Uhr, resp. 3 Uhr im Winter, öffnen, da für eine zweite Garnitur Aufseher jetzt keine Mittel mehr vorhanden sind."

Herr Bode fürchtet, daß bei dem vorhandenen Kohlenmangel wieder eine zeitweilige Schließung der Museen im Winter erfolgen muß. Daß einzelne Führungen schwache oder gar keine Beteiligung fanden, ist in politisch erregten Zeiten nicht weiter auffällig. Im ganzen wird es an Besuch nicht gefehlt haben. (Hoffentlich erscheint darüber ein zusammenfassender amtlicher Bericht!) Freilich kann es gelegentlich an der mangelnden Geeignetheit der Führenden liegen, wenn die Teilnehmer ausbleiben. Es gibt bei uns sehr viel Kunsthistoriker, aber wenige Führer zur Kunst! Schlimm sieht es für die Zukunft mit der Popularisierung durch die Schrift, durch Führer, Kataloge, Ansichtskarten usf. aus. „Es ist zwar gelungen, im vorigen Jahr noch ein paar Handbücher und Führer herauszubringen, aber die außerordentliche Kalamität im Druck macht sich seit einiger Zeit in empfindlicher Weise auch dafür geltend. Wenn bisher ein Führer zu 1 M. ausgegeben werden konnte, so sind die Unkosten für Papier und Satz so kolossal gestiegen, daß für neue Auflagen 10 bis 15 M. gefordert werden. Gesteigert wird diese Kalamität noch dadurch, daß in den letzten Monaten fast alle Museumspublikationen ausverkauft worden sind; offenbar haben sich auch hier die Schieber des Geschäfts bemächtigt." (Gibt es kein Mittel dagegen?) Es wird also jahrelang keine neuen Kataloge oder Führer geben!

Die Führungen und Vorträge werden erfreulicherweise für den Winter im größten Umfange vorbereitet. Und bereits liegen zahlreiche Anmeldungen vor.

Amerika — du hast es besser? „Die amerikanische Freiheit und Demokratie sind nur noch Illusionen", so äußert sich in „Verdens Gang" ein Amerikaner, Miles Bouton, der Vertreter der „Associated Preß" in Norwegen. Bouton, der seit vielen Jahren in Europa wohnt, hat kürzlich eine Reise nach Amerika gemacht und erklärte nach seiner Rückkehr: „Ich bin erschüttert über die Veränderung, die in den letzten Jahren drüben vorgegangen ist. Wissen Sie, daß 1500 Menschen nur wegen ihrer Ansichten im Gefängnis sitzen? Der Sozialist Debs sitzt für 10 Jahre im Zuchthaus. Ich habe von einem Mann in Missouri gehört, der wegen einer Aeußerung in seinem eigenen Hause 12 Jahre Gefängnis erhielt. Aus dem Heere kenne ich Beispiele, daß ein Mann 15 Jahre Gefängnis bekam, weil er sich geweigert hatte, Wasser zu tragen.

Die Ursache der traurigen Lage ist die erstaunliche Unkenntnis aller sozialen und politischen Fragen. Sozialist sein heißt Verbrecher sein. Wenn ein Mann wie Hjalmar Branting nach Amerika käme, würde man ihm das Bürgerrecht verweigern. Es gibt keine Demokratie in Amerika, nur Plutokratie, und die Presse wird aus denselben Geldquellen gespeist, aus denen die Parteien gespeist werden. Natürlich haben diese Umstände eine Gärung erzeugt; aber sie wird niedergehalten. Man glaubt, daß man Ideen töten kann.

Gewiß hat man versucht, liberal-radikale Politik zu machen; bisher aber ohne Ergebnis. Es gibt keinen geistigen Grund, auf dem man bauen könnte. Die Angehörigen des unteren Mittelstandes, z. B. Lehrer, sind so unterdrückt, daß sie es nicht wagen, eine eigene Meinung zu haben. Der bessergestellte Mittelstand ist durch und durch kapitalistisch, hat gutes Einkommen, aber keine anderen Interessen als Autos und Sport. Es herrscht draußen eine schreckliche geistige Armut; kaum jemand hat Sinn für Kunst und Literatur; auf der Bühne sieht man fast nie ein Stück von literarischem Wert. Das ist das allerschlimmste: diese Gleichgültigkeit gegen alle Kulturwerte. In wirtschaftlicher Hinsicht ist es drüben ja erträglich, sofern man von Erscheinungen wie den „Stahlhöhlen" absieht, in denen 12 Stunden täglich für einen erbärmlichen Lohn gearbeitet wird.

Nein, das Schlimmste ist die ganze Atmosphäre dort drüben, die Brutalität, der Widerwille gegen Ausländer, die geistige Tyrannei. Die Leute beginnen jetzt, aus Amerika auszuwandern. Sie kehren zu Tausenden nach Europa zurück, selbst nach Deutschland, wo sie es doch so schwer haben. Amerika steht in der menschlichen Entwicklung weit hinter Europa zurück — man könnte versucht sein, zu sagen: um Jahrhunderte."

Das Erdölvorkommen bei Hamburg. Nachdem man bereits vor mehreren Jahren bei Neuengamme bei Hamburg Erdgas in großer Menge erbohrt hatte, hat man kürzlich ganz in der Nähe eine neue, sehr ergiebige Erdgasquelle erschlossen. Bisher aber ist es trotz vieler Anstrengungen noch nicht gelungen, das Erdöl, auf das die Anwesenheit des Erdgases schließen läßt, zu finden. Wie im „Prometheus" berichtet wird, darf man aber hoffen, auf Erdöl zu stoßen, wenn nur erst bis in die notwendige Tiefe gebohrt worden ist. Bei den seit drei Jahren betriebenen Bohrarbeiten wurden die Bohrlöcher bis zu 900 Meter heruntergeführt, und man stellte dabei fest, daß die ganze Umgebung Hamburgs von einer sehr starken, undurchlässigen Tonschicht unterlagert ist, über der große angeschwemmte Kies- und Sandmengen liegen. Erst, wenn man unter diese Tonschicht gelangt, wird man Erdöl in nennenswerter Menge finden. Daß bei Neuengamme Erdgas schon in 300 Meter Tiefe erbohrt wurde, ist darauf zurückzuführen, daß man bei der Bohrung zufällig auf einen Riß in der Tonschicht traf, der dem Gas den Weg nach oben freigab. Es handelt sich nun darum, bis zu etwa 1200 Meter Tiefe hinabzugehen und die Tonschicht zu durchbohren, die bisher das Erdöl so zäh verteidigt hat. Man dürfte dann ein sehr hochwertiges Erdöl erhalten, da es infolge des dichten Abschlusses durch die Tonschicht noch kaum entgast sein kann und deshalb reichliche Mengen leicht flüchtiger Bestandteile, also Benzin, enthalten muß.

Die Ernte der Dramatiker. Der Verlag Oesterheld gibt einen Ueberblick über die Kassenerfolge seiner Autoren. Danach haben die Schauspiele „Hinter Mauern" von H. Nathansen, „Jettchen Gebert" von Georg Hermann und das zumeist im Ausland aufgeführte Drama „Am Vorabend" von L. Kampf die höchsten, je 200 000 M. betragenden Tantieme-Einnahmen erzielt. Die nächsthöchste Einnahme, 180 000 M., brachte W. W. Götzes musikalischer Schwank „Wenn Männer schwindeln". Dann folgen das Lustspiel „Der gutsitzende Frack" von Dregeln, das Drama „Die Warschauer Zitadelle" von G. Zapolska und die Groteske „Nachtbeleuchtung" von C. Götz mit je 150 000 M. Tantieme-Einnahme. Einen guten Kassenerfolg, 130 000 M., hat C. Götz auch mit seiner Groteske „Menagerie" erreicht.

Es gibt natürlich Dramatiker, die noch viel höhere Einnahmen erzielen. Immerhin gibt diese Uebersicht einen nicht uninteressanten Einblick und macht es begreiflich, daß der Drang zum Drama so lebhaft ist. Freilich kommt nur die kleinere Hälfte der Autoren dieses Verlages über 100 000 M., die Mehrzahl bleibt darunter.

Im Deutschen Opernhause sind während der Ferien größere Umbauten im Orchesterraum erfolgt, wodurch die Klangverhältnisse im Zuschauerraum verbessert sind. Der Fußboden des Orchesters hat eine Erhöhung erfahren, so daß der Orchesterklang sich freier und leichter entfalten kann und den Sängern auf der Bühne, eine sicherere Unterstützung gewährt wird als bisher.

Theater. Als nächste Novität kommt im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater das Lustspiel „Der blonde Traum" von Emerich Földes zur Aufführung. — Claire Dux wird im Metropol-Theater am 4. Sept. erstmalig auftreten.

Goethe-Morgenfeier in Neukölln. Sonntag vormittag 8 Uhr findet in der Philipp-Melanchthon-Kirche eine Goethe-Morgenfeier statt, bei der Genosse Pfarrer Dr. Piechowski über: „Religiöse Morgenstunden bei Goethe" spricht. Orgelvirtuose Jeromin spielt die Sarabande von Carp-Elert.

Die Deutsche Bücherei in Leipzig ist in ihrer Selbständigkeit bedroht. Man plant sie — zur Ersparung von Ausgaben — mit der Universitätsbibliothek zu verschmelzen. Dagegen hat der Verwaltungsrat der Bücherei in Verbindung mit verschiedenen Bibliotheksbeiräten Einspruch erhoben und betont, daß die Aufgaben der deutschen Kulturinstitute nur durch die Deutsche Bücherei in wirtschaftlicher Weise durchgeführt werden könnten, und daß Reich, Staat und Stadt die erforderlichen Mittel aufbringen müßten.

In dem Hegel-Gedächtnisartikel muß es heißen: „nach der Erschütterung der philosophischen Welt durch Kant", nicht der politischen.

Eine Botschaft aus Rußland.

Von Peter Krapotkin.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht eine Botschaft des russischen Anarchisten Peter Krapotkin, die er der englischen Genossin M. Bondfield übergeben hat. Die Ausführungen des berühmten russischen Revolutionärs, aus denen wir einen Auszug bringen, verdienen besonderes Interesse; der Verdacht, Konterrevolutionär zu sein, kann gegen ihn nicht erhoben werden. Wir brauchen nicht hervorzuheben, daß sein Standpunkt nicht ohne weiteres der unsere ist.

Rußland durchlebt jetzt eine Umwälzung, die genau so tiefgehend und genau so bedeutsam ist, wie sie das englische Volk 1689 bis 1648 und Frankreich 1789 bis 1794 durchmachte; und jede Nation sollte es ablehnen, jene schmachvolle Rolle zu spielen, die England, Preußen, Oesterreich und Rußland während der französischen Revolution spielten.

Alles in allem sollten nicht nur die Arbeiter, sondern alle fortschrittlichen Elemente der zivilisierten Nationen der Unterstützung ein Ende machen, die bis nun den Gegnern der Revolution gewährt worden ist. Nicht als ob es gegen die Methoden der bolschewistischen Regierung nichts einzuwenden gäbe! Weit entfernt! Sondern weil jede bewaffnete Intervention einer fremden Macht naturnotwendig die Stärkung der diktatorischen Tendenzen der Regierenden zur Folge hat und die Bemühungen jener Russen unwirksam macht, die bereit sind, an Rußlands Wiederaufbau auf neuer Grundlage unabhängig von der Regierung mitzuarbeiten.

Die Fehler, die der Parteidiktatur von Natur aus anhaften, sind auf diese Weise noch durch den Kriegszustand gesteigert worden, unter dem diese Partei sich behauptet hat. Der Kriegszustand bot eine Entschuldigung für die Verschärfung der diktatorischen Methoden der Partei und ihrer Tendenz, jede kleinste Lebensäußerung in den Händen der Regierung zu zentralisieren — mit dem Ergebnis, daß ungeheure Arbeitsgebiete der Nation zum Stillstand gebracht worden sind. Die natürlichen Schäden des Staatskommunismus sind so mit der Entschuldigung verzehnfacht worden, daß alles Unheil unseres Lebens auf die Einmengung der Ausländer zurückzuführen sei.

Ich muß überdies auch erwähnen, daß eine militärische Intervention der Alliierten, wenn sie fortgesetzt wird, in Rußland ein Gefühl der Auflehnung gegen die westlichen Nationen entstehen lassen muß, und dieses Gefühl der Auflehnung wird eines Tages von ihren Feinden bei möglichen zukünftigen Konflikten ausgenützt werden. Solche Auflehnung beginnt sich bereits bemerkbar zu machen.

Noch ein Wort über die allgemeine Frage. Eine Erneuerung der Beziehungen der europäischen und amerikanischen Nationen zu Rußland darf sicher nicht die Zulassung einer Oberhoheit des russischen Volkes über jene Völker bedeuten, aus welchen das russische Zarenreich zusammengesetzt war. Das kaiserliche Rußland ist tot und wird nie wieder zum Leben erstehen. Die Zukunft der verschiedenen Provinzen, aus welchen das Reich zusammengesetzt war, liegt in der Richtung eines großen Staatenbundes. Die natürlichen Gebiete der verschiedenen Teile dieses Bundes sind jenen unter uns ganz klar, die mit der Geschichte Rußlands, seiner Ethnographie und seinem wirtschaftlichen Leben bekannt sind, und alle Versuche, die grundlegenden Teile des russischen Kaiserreiches — Finnland, die baltischen Provinzen, Litauen, die Ukraine, Georgien, Armenien, Sibirien usw. — unter eine zentrale Regierung zu bringen, sind sicher zum Scheitern verurteilt. Die Zukunft alles dessen, was früher das russische Kaiserreich war, liegt in der Richtung eines Staatenbundes unabhängiger Einheiten.

Was nun unsere gegenwärtige und politische Situation betrifft, so unternimmt es jetzt die russische Revolution, die eine Fortsetzung der beiden großen Revolutionen in England und Frankreich ist, dort einen Schritt weiter zu machen, wo Frankreich stehen geblieben ist: als es in die Tat umzusetzen galt, was damals wirkliche Gleichheit (égalité de fait), das ist wirtschaftliche Gleichheit, hieß.

Unglücklicherweise wurde in Rußland dieser Versuch unter der stark zentralistischen Diktatur einer Partei unternommen — der sozialdemokratischen Maximalisten; und er wurde nach der Methode einer ausgesprochen zentralistischen und jakobinischen Babeuffschen Verschwörung unternommen. Ich sehe mich gezwungen, offen zu erklären, daß meiner Meinung nach der Versuch, eine kommunistische Republik auf der Basis eines streng zentralistischen Staatskommunismus und unter der eisernen Herrschaft der Diktatur einer Partei zu errichten, mit einem Mißerfolg enden muß. Wir sehen an Rußland, auf welche Weise der Kommunismus nicht eingeführt werden kann, obgleich die Bevölkerung, des alten Regimes überdrüssig, dem Experiment der neuen Regierung gar keinen aktiven Widerstand entgegensetzte.

Die Idee der Sowjets, der Arbeiter- und Bauernräte, zuerst in der versuchten Revolution von 1905 entstanden und durch die Revolution vom Februar 1917, als das zaristische Regime zusammenbrach, sofort verwirklicht, die Idee solcher Räte, die das politische und wirtschaftliche Leben des Landes überwachen, ist eine hohe Idee. Dies um so mehr, als sie notwendig zu dem Gedanken führt, daß diese Räte aus allen jenen zusammengesetzt sein sollen, die durch ihre eigene Arbeit tätigen Anteil an der Hervorbringung des Güterreichtums nehmen.

Aber solange ein Land durch die Diktatur einer Partei regiert wird, verlieren die Arbeiter- und Bauernräte einleuchtenderweise ihre eigentliche Bedeutung. Sie werden auf jene passive Rolle beschränkt, die früher einmal die ständischen Vertretungen und Parlamente gespielt haben, als sie vom König einberufen wurden und gegen einen allmächtigen Kronrat ankämpfen mußten.

Ein Arbeiterrat hört auf, ein freier und wertvoller Berater zu sein, wenn es im Lande keine freie Presse gibt; und in dieser Lage sind wir jetzt fast zwei Jahre — man entschuldigt es mit dem Kriegszustand. Und mehr noch. Die Arbeiter- und Bauernräte verlieren ihre ganze Bedeutung, wenn keine freie Wahlagitation ihrer Wahl vorangeht — und die Wahlen werden unter dem Druck der Parteidiktatur durchgeführt. Die gewöhnliche Entschuldigung ist natürlich, daß die Diktatur ein unentbehrliches Mittel zur Bekämpfung des alten Regimes war. Aber eine solche Herrschaft wird naturgemäß ein furchtbares Hindernis von dem Augenblick an, da die Revolution zum Aufbau einer neuen Gesellschaft, auf neuer wirtschaftlicher Grundlage fortschreitet; ihr Bestehen spricht dem neuen Werke sein Todesurteil.

Die Wege, die eingeschlagen werden müssen, um eine bereits wankende Regierung zu stürzen und sich an ihre Stelle zu setzen, sind aus der alten und neuen Geschichte wohl bekannt. Aber wenn es gilt, ganz neue Lebensformen, insbesondere neue Formen der Produktion und des Austausches zu schaffen, ohne dabei ein Vorbild nachahmen zu können; wenn alles von Menschenkraft auf der Stelle vollbracht werden soll, dann erweist sich eine allmächtige zentralistische Regierung, die es unternimmt, jedem einzelnen Bewohner jeden einzelnen Lampenzylinder und jedes Zündhölzchen zum Anzünden der Lampe zu liefern, als völlig unfähig, dies durch ihren Beamtenapparat zu bewerkstelligen — wie zahlreich er auch sein möge, es wird ein Uebel.

Das ungeheure Werk des Aufbaues, das von der sozialen Revolution geleistet werden soll, kann nicht durch eine zentrale Regierung vollbracht werden, auch dann nicht, wenn sie, um sie bei ihren Arbeiten zu führen, wesentlich mehr besitzt als ein paar sozialistische und anarchistische Schriften. Es erfordert das Wissen, die Erfindungskraft und die freiwillige Zusammenarbeit einer Vielheit örtlicher und sozialisierter Kräfte, die allein miteinander die Mannigfaltigkeit der ökonomischen Probleme in ihrer lokalen Erscheinung zu bewältigen vermögen. Diese Zusammenarbeit zu zerstören und auf das Genie von Parteidiktatoren zu bauen, heißt alle selbständigen Entwicklungskeime vernichten — wie die Gewerkschaften oder die lokalen Konsumgenossenschaften —, heißt sie in bureaukratische Organe einer Partei verwandeln, wie es jetzt geschieht. Aber das ist nicht der Weg, die Revolution zu vollenden; das ist der Weg, ihre Verwirklichung unmöglich zu machen. Und deshalb betrachte ich es als meine Pflicht, euch ernstlich vor diesen Methoden zu warnen.

Achtung, Beamten- und Angestelltenfunktionäre!

Heute, Sonnabend, den 28. August, abends 7½ Uhr, in Haberlands Festsälen, Großer Saal, Neue Friedrichstr. 35:

Allgemeine Beamten- und Angestellten-Funktionärkonferenz.

Tagesordnung:

Bericht über die politische Lage sowie die Neutralitätserklärung Deutschlands und die Stellung der Beamten und Angestellten hierzu. Referent Genosse Max Groger.

Bericht über die Tätigkeit des Reichsbeamtenbeirats. Referent Genosse Max Grunefeldt.

Bezirksverband Groß-Berlin. Beamtensekretariat.

Groß-Berlin

Rund um Biesenthal.

Biesenthal erreichen wir mit den Zügen der Stettiner Fernbahn. Die Stadt liegt etwa eine Stunde vom Bahnhof entfernt. Ein guter Promenadenweg bringt uns dorthin. Biesenthal, die alte Stadt des Barnim, liegt an der Finow, deren Quellflüßchen im Süden und Westen der Stadt entspringen. Von dem hohen Alter Biesenthals zeugen heute noch die Reste einer Feste, die auf dem Schloßberg zu finden sind. Auf dem in der Nähe liegenden Reierberg hat man sogar die Spuren eines Burgwalls, also einer Ansiedelung aus vorgeschichtlicher Zeit gefunden.

Ein guter Weg bringt uns am Kesselsee und Krummenpfuhl vorbei zum Großen Wukensee. Zurückschauend genießen wir den Anblick des schönen Bildes der am Bergeshang hingebauten Stadt, von ihrem einfachen Kirchlein überragt. Unmittelbar am Ufer wandern wir bis zur Nordwestecke des Sees. Die Wasserfläche ist lieblich von Wald umrahmt, der hin und wieder Durchblicke auf die Stadt im Hintergrund gewährt.

In nordöstlicher Richtung kommen wir durch den Kiefernwald, am Kleinen Wukensee vorüber, zur Straße nach Sophienstädt, die wir ungefähr da erreichen, wo eine Tafel mit der Aufschrift „Akazien-Allee" steht. Wir folgen der Chaussee, bis ein Weg in nördlicher Richtung abzweigt, und halten uns dann möglichst rechts. In der Gegend des Schwarzen Sees erreichen wir den Rand des Finow-Bruchs. Der See ist fast völlig verlandet; Wasser- und Sumpfgewächse haben seine offene Wasserfläche sehr verringert. Wir bleiben jetzt unmittelbar am Bruch. An seiner schmalsten Stelle führt die Pöhlitzbrücke über das Finowfließ. Zu beiden Seiten stehen hochragende Pappeln, die sich gar seltsam abheben von dem Kiefernwald der Umgebung.

Von der Pöhlitzbrücke führt der Weg gen Nordwest. Bald geht eine schnurgerade Straße nach Nordost ab, der wir eine kurze Strecke folgen, bis uns ein Waldweg nach rechts wieder zur Finow bringt. Auf einer einfachen Holzbrücke überschreiten wir dieses Waldfließ, dem es bestimmt ist, in seinem weiteren Lauf eine wichtige, länderverbindende Wasserstraße zu sein. Auf dem Ge-

8]

Mit der Etappe.

Von Scholem Alechem.

‚Reb Moische Aron,' sagte ich, ‚warum schweigt Ihr?'

‚Warum soll ich schreien?' erwiderte er, ‚seht zu, Euch Rat zu schaffen, denn die Sache steht schlecht. Mit dem Tischler', fuhr er fort, ‚werdet Ihr nichts erreichen, er ist ein eigensinniger Mensch. Ich wollte ihm schon gestern eins mit dem Hobel über den Kopf schlagen!'

Hört Ihr, was sich abgespielt hat?! Der Bräutigam ging vor meinen Augen hin und her, ich glaubte, daß mein Herz mir vor Leid springen würde, ich verging vor Schmerz, ich fühlte, daß ich es nicht aushalten, daß ich sterben würde ... Da blickte ich zum Gasthaus hinüber, — und wen sehe ich? — Reb Scholem Beer Tepliker! ‚Gott selbst hat Euch hergesandt!' — dachte ich mir. Nicht faul mit dem Mund, eilte ich zu Euch hinüber und bot Euch einen herzlichen Gruß zum Willkommen, genau so, als ob ich es jetzt täte. Was beabsichtigte ich damit? Ich meinte, daß Ihr mich höchstwahrscheinlich fragen würdet, was ich eigentlich in Geißen mache, und ich darauf erwidern würde: ‚Eine Heiratsangelegenheit!' Ihr würdet weiter fragen: ‚Was für eine Heiratsangelegenheit?', und ich würde sagen: ‚Mit dem Tischler Jankel'. Dann würdet Ihr mich fragen, was ich als Mitgift mitgebe, und ich würde Euch antworten: ‚Das ist eben der Haken, daß der Tischler einen Hunderter bar verlangt, und ich nicht einmal eine Spur von einem Hunderter habe.'

Ich hoffte, es würde alles gut werden — versteht Ihr? Da es sich aber ganz anders abwickelte, und Ihr mich nicht einmal danach fragtet, wozu ich nach Geißen kam, war ich nicht faul und erzählte Euch selber, daß ich nicht zum Markt gekommen war, sondern in einer Heiratsangelegenheit. Ich dachte mir, nun müßtet Ihr mich fragen: ‚In was für einer Heiratsangelegenheit?', worauf ich würde antworten: ‚Mit Jankel, dem Tischler Jankel!' Ihr würdet weiter fragen, was ich als Mitgift gebe, und ich würde sagen: ‚Das ist ja eben die Sache! ...' Aber wo! Kein Gedanke! Ihr habt überhaupt nach nichts gefragt. Da überlegte ich mir die Sache noch einmal und erzählte Euch selbst, wen die Heiratsangelegenheit betraf. Ich lobte den jungen Mann in den Himmel, wie er es in Wahrheit auch verdiente, — kurz, ich redete, — aber Ihr schwiegt immer noch! Ich sah, daß meine Worte Euch sehr wenig angingen, wie pflegt man doch zu sagen: in ein Ohr hinein, zum andern hinaus! Da dachte ich mir: Was soll ich hier lange Politik treiben, am besten sage ich Euch alles und ziehe, wie man zu sagen pflegt, den Zahn mit der Wurzel heraus!

Aber was erfolgte? Ihr habt mir meine Bitte abgeschlagen, mich, wie einen Toten, mit kaltem Wasser begossen!"

„Ich habe Euch mit kaltem Wasser begossen? Was habe ich Euch denn gesagt?"

„Wollt Ihr, daß ich Euch einen Beweis gebe? Eine Dummheit vergißt man nicht. Ihr habt sogar gefragt, ob ich den Euer Verwandter sei, daß Ihr einen Hunderter an mich fortwerfen solltet?"

„Wahrscheinlich habt Ihr mir nicht gesagt, zu welchem Zweck Ihr das Geld brauchtet."

„Und noch wie habe ich es gesagt! Ich will Euch gleich einen Beweis geben: Ihr habt mir damals nämlich erwidert: ‚Und wenn Ihr den Einfall haben solltet, Euch mit Rotschild zu verschwägern?! ...' Und als ich Euch sagte, daß der Bräutigam Geige spielte, fragtet Ihr mich: — eine Dummheit vergißt man nicht — ‚Warum gerade Geige? Warum nicht Trompete?' Ich kochte vor Wut, ich wollte aus der Haut fahren, und Ihr habt gespottet und faule Witze gemacht! Wahrscheinlich wart Ihr in guter Laune ..."

Der Tepliker Millionär Scholem Beer Tepliker aus Teplik hatte sich die Geschichte angehört, der Schweiß rann ihm vom Gesicht, aber er schwieg. So ausführlich erinnerte er sich der Sache nicht mehr, aber daß es sich um einen Hunderter gehandelt hatte, das wußte er bestimmt ... Er schämte sich jetzt vor sich selbst, daß er damals einem armen Juden einen Hunderter abgeschlagen hatte, obgleich es für ihn eine Kleinigkeit gewesen wäre, ihm zu helfen, weil er genug Geld hatte, während es für den Juden von größter Bedeutung war, das Geld zu bekommen.

Die Sache als solche interessierte ihn augenblicklich so sehr, daß er den roten Beril fragte:

„Nun, und was ist damals aus der Hochzeit geworden?"

„Gar nichts."

„Was heißt: Gar nichts?"

„Der Tischler wollte nichts davon wissen, und wenn er auch dadurch das Schlimmste heraufbeschwören sollte."

„Und Eure Tochter, das junge Mädchen?"

„Meine Tochter?! O weh mir! Sie liegt schon lange in der Erde! Ich selbst habe sie begraben, habe mein Kind ins Grab gebracht ... Das heißt ... Was konnte ich dafür? Ich konnte das Geld nicht schaffen! Ich wartete ein Jahr, ein zweites, — einen jüdischen Minister gibt es nicht ... und die Stiefmutter ... Kurz, ich habe sie mit einem Buchbinder verheiratet, einem frommen, aber sehr armen Mann, der kränklich war, an der Schwindsucht litt. Er quälte sich mehrere Jahre, dann starb er und hinterließ als Erbschaft drei Waisenkinder. Sie hat sich von ihm angesteckt und starb ein Jahr später. Nun, versteht Ihr die Geschichte? ... Und jetzt, nicht genug, daß ich unberufen Kinder aus beiden Ehen habe, muß ich noch für drei verwaiste Enkelkinder sorgen. Dafür sollt Ihr aber die Kinder sehen — unberufen! Ich weiß nicht, ob der reichste Mann so wohlgeratene Kinder hat, und wenn man in der ganzen Welt herumsuchen wollte!

‚Großvater, wohin führt man dich?' fragten die armen Kinder, als man mich verhaften ließ.

‚Nach Geißen,' sagte ich, ‚ich reise auf einen Tag dorthin. Ich bringe euch von dort Schokolade mit ...'

Glaubt Ihr, daß sie nicht verstanden haben, daß ich eine Lüge sagte? Ihr hättet sehen sollen, wie sich alle drei um mich herumstellten, wie die Schäfchen, — aber geweint haben sie nicht! Nur ihre Aeuglein füllten sich mit Tränen. Ihr könnt Euch nicht vorstellen, was das für Kinder sind! Roman Iwanowitsch nahm aus seiner eigenen Tasche einen Gulden heraus und schenkte ihn den Kindern, damit sie sich Süßigkeiten kaufen."

Handelt von dem Jüngling Henich und seinen Hausgenossen.

Der rote Beril brach das Gespräch zur richtigen Zeit ab, erhob sich von seinem Sitz, reckte sein krankes Bein ein wenig, trat zu Henich heran und versetzte ihn einen Nasenstüber.

„Hör nur, Schlemihl, hast du dich ausgeschlafen?"

Henich mit dem Starauge fuhr bei dem Nasenstüber aus dem Schlaf, wischte sich die Augen und bemerkte, daß der Reiche auf ihn schaute. Da sprang er von der Erde auf und begann nach seiner Art zu stammeln:

„Eingeschlafen war ich gar nicht, ich dachte nur, ich dachte immer daran, so wahr ich ein Jude bin, daß mein Bruder David Leib älter ist als achtzehn ... Und was soll mit den Kindern geschehen?"

„Was der zusammenredet! Brennen soll er in der Hölle!" sagte der rote Beril zu dem Reichen, „ein wahrer Schlemihl! Könnt Ihr Euch vorstellen, daß ich im Vergleich mit ihm ein reicher Mann bin? Er hat es mir zu verdanken, daß sein Bruder David Leib jetzt eine gute Stelle hat und unberufen ein Gesindel von acht fressenden Mäulern ernähren kann."

„Neun, müßt Ihr sagen!" verbesserte ihn Henich in seinem Kauderwelsch. „Zwei Brüder und eine alte Mutter, ein dreizehnjähriges Mädchen in Stellung, noch ein Brüderchen, ein kleines, in einem Geschäft, und noch ein Mädchen ... zwei kleine ... und ein Junge in der Schule, und dann, wo bleibe ich?"

„Du bist in der Erde!" erwiderte Beril, „warst immer ein Pferd und bleibst ein dummes Tier. Wie Ihr Ihn hier seht," wandte sich Beril an den Reichen, „den Tölpel, hat er einen Bruder, David Leib, der im Vergleich zu ihm ein Minister ist, das heißt, sehr klug ist er auch nicht, er ist ein Durchschnittsmensch, also kein großer Geist und kein Narr. Eine Eigenschaft hat er, er ist ehrlich, das heißt, sie sind alle ehrlich und stehlen den Leuten auf dem Markt die Semmeln nicht aus den Körben.

(Forts. folgt.)

stell H wandern wir weiter bis zum Quergestell gg, dem wir eine kurze Strecke nach Süden folgen.

Ein wunderliebliches Bild des Friedens bietet sich uns dar, der Samith-See liegt vor uns. Die stille, glänzende, von Hochwald bekränzte Wasserfläche spiegelt die Bäume und den Himmel in reinster Klarheit wieder; hier und da schwimmen Wasservögel, erheben sich oder fallen plätschernd ein, auch ein Nachen gleitet über den See. Genußreich ist die Wanderung an dem Ufer dieses märkischen Waldsees. Bei jedem Schritt haben wir einen anderen Ausblick, eine andere Umrahmung des Naturgemäldes. Mächtige, über 6 Meter hohe Wachholder stehen hier; sie sind wahre Naturdenkmäler.

Am östlichen Ende des Samith-Sees liegt eine Niederung, der bereits verlandete Teil des Sees. Bäume und Sträucher beginnen von ihr Besitz zu ergreifen, jedoch ist die ganze ebene Fläche noch hier und da morastig und enthält an besonders tief liegenden Stellen Pfuhle, deren drei bedeutendsten der Kleine Samith-See, der Mittel-Pfuhl und der Hinter-Pfuhl sind. Eine hügelige und bewaldete Zunge der Hochfläche erstreckt sich halbinselartig in die Niederung und teilt sie in zwei Arme.

Besonders schön ist der Hinter-Pfuhl, ein ziemlich kreisrundes Gewässer, dessen Hintergrund der sanft ansteigende Wald bildet. Wenn die Abendsonne die Kiefern vergoldet, dann spüren wir die stimmungsvolle Weihe, die uns immer wieder treibt, hinauszuziehen, um die Schönheit der Natur aufzusuchen und uns an ihr zu erfreuen. Es scheint uns, als sähen wir hier die Vorlage zu einem „Waldsee" des märkischen Meisters Leistikow. Ueber teilweise hügliges Gelände, immer durch schönen Wald wandern wir zum Bahnhof Melchow.

Erst rechts, dann links der Eisenbahn führt uns der Weg zum Bahnhof Biesenthal zurück. Bis zum Ende unserer Wanderung bleibt uns der Wald treu. Durch eine Lichtung erblicken wir noch einmal die Türme Biesenthals, das wir heute in weitem Kreis umwandert haben. Die Stettiner Fernbahn bringt uns wieder nach Berlin zurück. ch.

Ministerielle Zweideutigkeiten.

Zur Frage der besoldeten Magistratsmitglieder.

Das Nachrichtenamt des Berliner Magistrats versendet die folgende Notiz:

„Zu der Frage, ob nach § 11 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin dem neuen Berliner Magistrat auch unbesoldete Mitglieder angehören müssen, war kürzlich eine anscheinend offiziöse Notiz verbreitet worden, wonach das Ministerium dies bejahe. Auf Erkundigung der städtischen Behörden wird jetzt im Ministerium des Innern erklärt, daß dort jene Antwort nicht vertreten werde und daß das Ministerium die in der Notiz angedeutete Stellung nicht eingenommen habe."

Die ganze Angelegenheit mutet mehr als eigentümlich an und bedarf dringend der Aufklärung. Das Ministerium des Innern gibt durch die P. P. N. am 14. August eine Auslassung wieder, die zu der Frage, ob besoldete oder unbesoldete Mitglieder, eine Stellung einnimmt, die der der Mehrheit im Stadtparlament offensichtlich nicht entspricht. Vierzehn Tage später erklärte das Ministerium, daß es die „in der Notiz angedeutete Stellung nicht eingenommen habe". Das heißt also, entweder die P. P. N. haben geschwindelt (wozu kaum eine Veranlassung vorliegen dürfte), oder das Ministerium hat etwas anderes „gemeint", als es ausgesprochen hat. Vielleicht aber gibt es im Ministerium des Innern mehrere in dieser Frage kompetente und sich widersprechende Instanzen? Das Ministerium wird jetzt nicht umhin können, sich zu der Angelegenheit in einer allgemein verständlichen Sprache zu äußern, die jede Zweideutigkeit ausschließt.

Kein Demonstrationszug der Oberschlesier?

Die vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier planen im Anschluß an die am Sonntag, den 29. August, nachmittags 3 Uhr, im Lustgarten stattfindende Kundgebung einen Demonstrationszug durch die Straße Unter den Linden zum Brandenburger Tor. Trotz aller Sympathie, die der Berliner Polizeipräsident der genannten Kundgebung entgegenbringt, ist er, wie WTB. mitteilt, nicht in der Lage, den Demonstrationszug zu dulden, da der Zug eine Verletzung des befriedeten Reichstagsbannkreises bedeuten würde. Es sind die notwendigen polizeilichen Maßnahmen vorgesehen, um ein Ueberschreiten der Bannkreisgrenze zu verhindern. Zugleich ist Vorsorge getroffen, daß die ausländischen Missionen vor Zwischenfällen, wie sie sich am 26. August in Breslau abgespielt haben, wirksam geschützt werden. Der Polizeipräsident vertraut darauf, daß die Berliner Bevölkerung am Sonntag ein genügendes Maß von Selbstdisziplin an den Tag legen wird, um jede Störung der öffentlichen Ordnung und damit ein Eingreifen der Polizeiorgane zu vermeiden.

Der viergleisige Ausbau der Strecke Berlin-Oranienburg

ist nunmehr mit dem Umbau des Bahnhofs Birkenwerder in Angriff genommen worden. Birkenwerder ist für eine ganze Reihe umliegender Ortschaften die Güterempfangs- und Versendestelle. Um den bisher zweigleisigen Bahnkörper in einen viergleisigen ausbauen zu können, muß der Personenbahnhof, der bisher rechts der Bahnstrecke lag, provisorisch auf die linke Seite der Bahn verlegt werden. Da gleichzeitig auch eine Reihe von Straßenkreuzungen beseitigt werden sollen, muß der Bahnkörper und auch der neue Bahnhof höhergelegt werden. Zunächst werden die beiden neuen Gleise auf dem erhöhten Bahnkörper fertiggestellt und dann folgt die Erhöhung des jetzigen Bahnkörpers. Zur Verlegung des Bahnhofs auf die andere Seite der Verschiebegleise sind die Arbeiten bereits in vollem Umfange aufgenommen worden. Ein Fachwerkbau, das vorläufige Empfangsgebäude mit Dienstraum, Stellwerk usw., ist bereits im Rohbau fertiggestellt, so daß voraussichtlich noch vor Anfang des Winters mit der Inneneinrichtung begonnen werden kann. Der Zu- und Abgang der Reisenden erfolgt über einen hölzernen Uebergang, der schon den Verkehr vom alten Vorortbahnsteig nach beiden Seiten der Bahn vermittelte. Auch der neue Bahnsteig ist zum größten Teil schon aufgeschüttet worden.

Zwischen Birkenwerder und Borgsdorf, der nächsten nach Oranienburg zu gelegenen Station, ist der Bahnkörper für die beiden neuen Gleise bereits aufgeschüttet, so daß hier nur noch die Gleise gelegt zu werden brauchen, um die Einfahrt zum neuen Bahnsteig Birkenwerder zu bilden. Der Bahnhof Oranienburg, wie er für die Trennung des Vorortverkehrs von dem übrigen erforderlich ist, ist bereits seit längerer Zeit fertiggestellt und in Betrieb genommen. Erst nach dem Umbau der Strecke Oranienburg—Birkenwerder wird die Strecke Birkenwerder—Frohnau viergleisig ausgebaut.

Die Kantoren der Berliner Jüdischen Gemeinde sind wegen Gehaltsfragen in Differenzen mit der Verwaltung geraten. Die ihnen für ihre Mitwirkung bei Trauungen bisher gezahlte Vergütung, die zuletzt 10 Mk. pro Trauung betrug, wird seit 1. Juli nicht mehr gezahlt. Dadurch haben sie einen Einnahmeverlust, der sich auf etwa 100 Mk. pro Monat beläuft. Die Knauserei der Verwaltung ist um so weniger berechtigt, da die für Trauungen zu zahlenden Gebühren wiederholt und zuletzt noch vor wenigen Monaten erhöht worden sind. Die Verwaltung geht aber noch weiter und verlangt von den Kantoren, daß sie Bureauarbeiten mitübernehmen und ohne Bezahlung leisten. Diese Arbeiten wurden bisher von besonderen Angestellten ausgeführt, die nun wohl ihre Entlassung zu erwarten haben. Den Kantoren, die solche Arbeiten zu übernehmen sich weigern, wird Gehaltsabzug angedroht. Um eine Ausgabenbeschränkung zu erreichen, werden hier Unternehmerpraktiken auf einen gottesdienstlichen Betrieb angewendet! Will man mit dieser Sparpolitik nicht lieber bei den oberen Verwaltungsbeamten anfangen?

Vertagung des Groß-Berliner Wahlausschusses. Die für gestern nachmittag in Aussicht genommene Sitzung des Wahlausschusses, in der die Beratung der Personenfrage begonnen werden sollte, ist abgesagt und ohne Festsetzung eines bestimmten Tages auf nächste Woche verschoben worden. Dafür wird am Dienstag, den 31. d. M., eine Sitzung der Stadtverordnetenversammlung stattfinden, in der die zweite Lesung der Magistratsfrage vorgenommen werden soll.

Das Reichs-Kursbuch 24 Mark. Vom Reichskursbuch soll eine neue Ausgabe mit dem Winterfahrplan erscheinen. Das Reichspostministerium kündigt sie für Anfang Oktober an. Wir hatten aber schon vor 8 Tagen mitgeteilt, daß der Winterfahrplan auf Anordnung des Reichsverkehrsministeriums erst zum 25. Oktober in Aussicht genommen ist. Das Buch dürfte demnach erst Ende Oktober erscheinen. Es kostet nicht weniger als 24 Mk. Der hohe Preis des Kursbuches hat bereits zur Selbsthilfe geführt. So hat der Verkehrsverband Industriebezirk einen eigenen „Industriefahrplan" geschaffen, der nur 6 Mk. kostet und, abgesehen von den Fahrplänen des Bezirks, auch die Fernabteilungen und alle sonstigen deutschen Schnellzüge enthält.

Einbruch in das Wilmersdorfer Stadthaus. In der Nacht vom 26. bis 27. August ist ein Einbruch in das neue Wilmersdorfer Stadthaus an der Kaiserallee versucht worden. Auf ihrem Rundgange wurden die Wächter morgens zwischen 2 und 3 Uhr durch verdächtige Geräusche, die aus einem Zimmer des Erdgeschosses drangen, aufmerksam. Die Wächter versuchten, die Eindringlinge zu stellen. Es gelang diesen jedoch, zu entkommen. Sie mußten, ohne Beute zu machen, das Feld räumen. Möglich ist, daß einer der Einbrecher durch einen Schuß verletzt worden ist, der von dem Wächter abgefeuert wurde. Aerzte und Unfallstationen werden hierauf aufmerksam gemacht und gebeten, verdächtige Personen beim Magistrat in Berlin-Wilmersdorf anzuzeigen.

Kircheneinbrecher in Reinickendorf suchten in der gestrigen Nacht die Dorfkirche heim. Sie verschafften sich mit Nachschlüsseln Eingang in das Gotteshaus und stahlen daraus einen 2 × 3 Meter großen blaugemusterten schweren Teppich, einen ebensolchen 1 × 1½ Meter großen Läufer und ein Becken im Gesamtwerte von 10 000 M. Es scheint sich um eine neue Bande zu handeln, die planmäßig auf Kircheneinbrüche ausgeht. Kriminalkommissar Trettin, der mit der Aufklärung dieser Einbrüche beschäftigt ist, hat sich bisher vergeblich bemüht, eine Spur von der neuen Bande zu finden. Wertvolle Anhaltspunkte gibt das Auftauchen der geraubten Sachen. Wer über sie irgendwelche Mitteilungen machen kann, wird gebeten, sich im Zimmer 62a des Berliner Polizeipräsidiums zu melden.

Einbrecher im Operationszimmer. In der Nacht vom 25. zum 26. d. M. wurde das Anstaltslazarett der Brandenburgischen Provinzialschul- und Erziehungsanstalt in Strausberg von Einbrechern heimgesucht worden. Die Diebe haben eine Fensterscheibe zerschlagen, sind dann durch das Fenster in den im Erdgeschoß liegenden Operationsraum eingedrungen und haben hier nach Aufbrechen von verschlossenen Schränken sehr wertvolle ärztliche Instrumente gestohlen. Als gestohlen sind zunächst festgestellt worden: 1 Mikroskop mit Kasten für mikroskopische Präparate im Werte von etwa 6000 M., 1 Reflektor, 1 Augenspiegelbesteck, 6 Stieltupfer, 1 Knochenfaßzange, 1 Sequesterzange, 1 Schere mit Zähnen, 1 Hohlmeißelzange, 3 Bauchdeckenhalter, 4 stumpfe Wundhaken, 4 scharfe Wundhaken, 1 Hakenzange mit doppelten Haken (gerade und gebogen), 1 Knochenhammer (Nickel), 1 Knochenbohrer mit Ansatzstücken, 1 Haemoglobinometer, 4 stumpfe Schielhaken, 2 Kocherklemmen, 4 Tuchklemmen, 4 Rasiermesser, 1 Rekordspritze, 1 Provazispritze (1 Kubikzentimeter) mit Kanülenkasten, 2 anatomische Pinzetten, 1 Lupe, 20 Zahnzangen. Für die Wiedererlangung der Instrumente wird seitens der Anstaltsverwaltung hohe Belohnung gewährt. Wahrnehmungen irgendwelcher Art werden an den Polizei-Oberwachtmeister Jung in Strausberg erbeten.

Frühere Abfahrt des Danziger D-Zuges 13. Wir verweisen auf das Inserat in der heutigen Morgenausgabe, nach dem der D-Zug 13 Berlin fast zwei Stunden früher verläßt.

Im Dom beginnen am nächsten Donnerstag 8 Uhr wieder die von Prof. Walter Fischer veranstalteten Orgelkonzerte. Mitwirkende sind Jeanne Koetsier (Sopran) und Armin Liebermann (Cello). Eintritt frei gegen Entnahme eines Programms.

Die Volkskonzerte für September ausverkauft. Die Städtischen Volkskonzerte des Philharmonischen Orchesters für den Monat September sind bereits ausverkauft.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vorm. 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 50: Vortrag von Dr. H. Hasse: Raum für alle hat die Erde. Harmonium: „Wer hat dich du schöner Wald" (Mendelssohn). Gäste willkommen. Am 12., 19. und 26. September im gleichen Saal Jugendweihe. Einladungskarten in unseren Schulen und in der Geschäftsstelle, Pappelallee 15.

Jugendweihen Groß-Berlin.

Hierdurch machen wir nochmals bekannt, daß die Einladungskarten zur Jugendweihe à 1,50 M. noch in folgenden Annahmestellen zu haben sind: Charlottenburg und westliche Vororte: Charlottenburg, Parteibureau, Rosinenstr. 4; Schöneberg, Schlesische, Rubensstr. 27; Friedenau, Mahrenholz, Niederstr. 19; Wilmersdorf, Parteibureau, Gasteiner Str. 12; Steglitz, Szillat, Albrechtstr. 53. Lichtenberg und östliche Vororte: Baranowski, O 112, Niederbarnimstr. 4; Arndt, Skandinavische Str. 2; Gustav Kegel, Ritterguttstr. 25. Stadt Berlin: Rüdiger, N 58, Lychener Str. 127 (2—8); Wolffstein, NO 18, Weymannstr. 5; B. Hatz, Harzer Str. 117; A. Joseph, Berlin NW 21, Wilhelmshavener Str. 48. Neukölln und südliche Vororte: Parteibureau, Jägerstr. 66.

Treptow-Baumschulenweg. Die Quäkerspeisung, die in der nächsten Woche wieder beginnen soll, ist diesmal dadurch vorbereitet worden, daß sämtliche Schulkinder dem Arzt vorgeführt sind. Die dabei getroffene erste Auslese hat soviel unterernährte Kinder ergeben, daß eine zweite Musterung vorgenommen werden mußte, um die Allerbedürftigsten festzustellen, da diesmal nur 650 Portionen für den ganzen Ort — gegen 1250 im Sommer — zur Verfügung stehen. Diese Sichtung fand derart statt, daß in den beiden Ortsteilen sämtliche mit der Quäkernummer 3 und 4 klassifizierten Kinder gemeinsam einer Aerztekommission vorgestellt wurden. Man glaubt dadurch die objektivste Auswahl der Teilnehmer an der Speisung sicherzustellen.

Die Ausgabe der Speisen erfolgt auch diesmal wieder durch ehrenamtlich tätige Frauen aus der Bürgerschaft, während für die Herstellung und den Transport ein fester Beitrag von 25 Pf. pro Mahlzeit, zahlbar wöchentlich im voraus mit 1,50 Mark, erhoben wird.

Das Ende des Steglitzer Luftbades. Das Luftbad des Vereins für Gesundheitspflege zu Steglitz, Bergstr. 45, das viel von sich reden gemacht hat, muß auf Anordnung des Gemeindevorstandes nun doch am 1. September abgebrochen werden. Der Vereinsvorstand (Geh. Rechnungsrat F. W. Kaeding) bemerkt hierzu entsagungsvoll: „Im höchsten Grade bedauerlich ist es, daß eine solche Wohlfahrtseinrichtung vernichtet wird, ehe Ersatz dafür geschaffen worden ist." Der Verein sieht sich nun veranlaßt, die ganze Einrichtung des Luftbades freihändig zu verkaufen; sowohl die Umzäunung, die Gebäude wie die Sträucher, die Rohrleitungen und Standrohre, die Schrankfächer, Turngeräte (Schaukeln, Recke, Barren), Wasserbassins usw.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 28. August:

25. Abt. 6 Uhr wichtige Funktionärkonferenz bei Eichler, Gollnowstr. 13. Erscheinen aller Bezirksführer notwendig.

30., 31. und 32. Abt. Der für Sonntag geplante Ausflug nach Zehernick findet des ungünstigen Wetters wegen erst am Sonntag, den 5. Sept., statt.

Charlottenburg. Die Gruppenführer werden gebeten, heute zwischen 5 bis 7 Uhr, die für ihre Gruppe bestimmten Plakate und Karten in Empfang zu nehmen, bzw. abholen zu lassen.

Morgen, 29. August:

2. Abt. Vormittags 10 Uhr Besichtigung des Botanischen Gartens unter sachkundiger Führung. Treffpunkt präzise 9¾ Uhr im Wirtschaftshof, Unter den Eichen 110. Meldung bei Genossen Richter.

20. Abt. Familienausflug nach Friedrichshagen. Treffpunkt morgens 8½ Uhr Bahnhof Friedrichshagen, Straßenbahn Schöneiche. Vormittags Besichtigung des Wasserwerks. Nachzügler 1 Uhr Paradiesgarten Rahnsdorf. Wettspiele der Kinder usw. Teilnehmerkarten beim Abteilungsvorstand und bei Lenz, Strakmannstr. 8, sowie bei den Bezirksführern. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten.

Arbeitsgruppe Wedding (42., 43., 46., 47. und 48. Abt.). Besuch der Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof. Führung durch Genossen Hennicke. Die Teilnehmer treffen sich um 11 Uhr vormittags in Alt-Moabit am Eingang zum Ausstellungspark.

Britz. Familienausflug nach Schönefeld. Treffpunkt mittags 1 Uhr am Buschkrug. Abmarsch bzw. Abfahrt mit Linie 47 bis Rudow, Juliuspark. Von da aus Marsch nach Schönefeld. Gemeinsame Kaffeetafel, Preiskegeln, Spiele, humoristische Vorträge; abends Fackelzug und Tanz. Gäste willkommen. Auf zahlreiche Beteiligung wird gerechnet.

Oberschöneweide. Gemeinsamer Ausflug nach Biesdorf. Kinder sind mitzubringen. Treffpunkt 12½ Uhr an der Evangel. Kirche.

•

Stadtwahlkreis Prenzlauer Tor. Abteilungsführer werden gebeten, sämtliche Adressen von denjenigen Genossen, welche sich betreffs Gründung eines Gesangvereins gemeldet haben, an den Genossen Kühlreiter, N 113, Stolpische Str. 45, umgehend einzusenden.

Jugendveranstaltungen.

Heute, 28. August:

Wanderungen: Prenzlauer Vorstadt. Schule Senefelderstr. 6/7. Melchow—Samithsee. — **Westen.** Kurfürstenstr. 141. Eberswalde—Kloster Chorin. 8 Uhr Bahnhof Bülowstraße.

•

Niederschönhausen. Im Restaurant Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm-Straße 67, findet um 7 Uhr abends ein Elternabend statt. Musik. Gedichtvorträge, Reigentänze und Singspiele.

Wanderungen am Sonntag:

Borsigwalde. Badepartie nach Baumwerder. — **Charlottenburg.** Wanderung. — **Grunewald.** Schwimmtour Fahrlandersee. — **Neukölln.** Erkner—Löcknitz. Treffpunkt 6 Uhr Rathaus. — **Weißensee.** Birkenwerder—Oranienburg. — **Tegel.** Patzer Vordersee.

Morgen, Sonntag, 29. August:

Zentraljugendheim. Lindenstr. 3. Unterhaltungsabend. — **Niederschönhausen.** Schule Blankenburger Str. 67/70. Elternabend.

Großes Waldfest der Arbeitsgemeinschaft Lankwitz—Marienfelde—Marienfelde—Tempelhof. Gemeinsamer Treffpunkt ½2 Uhr Bahnhof Lichterfelde. Teilnehmerkarte 50 Pf. — **Arbeitsgemeinschaft Wedding-Gesundbrunnen.** Waldfest in Papenberge. Anfang ½3 Uhr. Treffpunkt Nettelbeckplatz (Normaluhr) um 8 und 12 Uhr.

Aus aller Welt.

Deutschböhmische Tragikomödie.

Um für die tschechische Schule in Oberaltstadt bei Trautenau geeignete Räume ausfindig zu machen, war die Fortsetzung der am 28. Juli durch tätiges Eingreifen der Bewohner unmöglich gemachten kommissionellen Verhandlungen für den 18. August anberaumt worden. Am 18. August waren eine beträchtliche Zahl von Gendarmen zusammengezogen und von Trautenau brachte der Kommissionsleiter etwa 40 Mann Militär mit. Das Schulhaus wurde verschlossen und der Schuldiener, der eben die Reinigungsarbeiten vollendet hatte, war auf Sommerfrische gegangen. Der Gemeindesekretär hatte auch seinen gesetzlichen Urlaub angetreten, und so war auch die im Schulgebäude untergebrachte Gemeindekanzlei gesperrt. Im Orte war inzwischen bekannt geworden, es möge sich während der kommissionellen Verhandlungen von 2 bis 3 Uhr nachmittags kein Deutscher auf der Gasse zeigen. Ein um ½2 Uhr nachmittags einsetzender Gewitterregen trug bei, daß die Parole streng eingehalten wurde. Nur einige neugierige Kinder und tschechische Raufbolde aus Niederaltstadt zeigten sich. Um 2 Uhr 16 Minuten traf Statthaltereirat Dr. Tauer mit den Kommissionsmitgliedern ein, nachdem schon etwa drei Minuten zuvor zwei Soldaten, mit Schießprügeln bewaffnet, einer davon beritten, vor dem deutschen Schulhause Posten genommen. Als dem Kommissionsleiter mitgeteilt wurde, daß alle Türen verschlossen seien, gab Statthaltereirat Dr. Tauer dem mit einem ganzen Bund Sperrhaken ausgerüsteten Soldaten den Auftrag, die Türen zu öffnen. Weil das nicht gelang, sollte der Gemeindesekretär herbeigeschafft werden. Der hatte eben seinen gesetzlichen Urlaub angetreten. Jetzt sollte der berittene Soldat den Bürgermeister holen. Doch der hatte den schönen Tag benützt, um in die Pilze zu gehen. Inzwischen hatte sich ein Unbekannter aus Trautenau der ganzen Kommission angegliedert und war bald mit dem Fußsoldaten hinter dem Schulhause verschwunden, um dort den Einbruch zu versuchen. Bald hatten die beiden ein offenstehendes Abortfenster entdeckt. Ein Nachbar konnte beobachten, wie die beiden unter Zuhilfenahme eines Schubkarrens das Fenstergesims erklommen. Er rief aus vollen Kräften: „Einbrecher! Einbrecher!" Doch die beiden ließen sich in ihrem Handwerk nicht stören und verschwanden im Innern des Gebäudes. Wie sich später herausstellte, haben diese zwei Einbrecher die verriegelte Abschlußtür gewaltsam gesprengt und kamen so in das Schulhaus. Weil der Schlüssel der Haupttür steckte, konnten die Einbrecher diese leicht öffnen und um 2 Uhr 43 Min. der Kommission den Zutritt erlauben. Was die Herren im Innern trieben, konnte natürlich nicht beobachtet werden. Doch wurde bei der um 7 Uhr abends durch den Gemeinde- und Ortsschulrat vorgenommenen Besichtigung festgestellt, daß die Herren im Zimmer der zwei Mädchenklassen und in der einen Schulleiterkanzlei Umschau gehalten, daß die beiden Einbrecher die Abschlußtür und die Riegelhaken stark ruiniert hatten und daß der Schlüssel des Hauptores, der doch steckengeblieben war, jetzt fehlte, weshalb die Anzeige gegen unbekannte Täter wegen Hausfriedensbruch und Diebstahl erstattet werden wird. Um 3 Uhr 17 Min. nachmittags verließen alle Kommissionsmitglieder das Schulhaus durch das Haupttor, durch das als letzte auch die beiden Einbrecher an die Sonne kamen.

(Wir entnehmen diesen Bericht nicht einem Nationalistenblatt, sondern dem linkssozialistischen „Trautenauer Echo". Red.)

Millionendiebstähle im Hamburger Hafen. Die Hamburger Polizei verhaftete 30 Mitglieder einer großen Räuber- und Hehlerbande, die in großem Umfange Diebstähle im Hamburger Hafen ausgeführt hat. Der Wert der gestohlenen Waren beziffert sich auf 30 Millionen Mark. Der weitaus größte Teil des Raubes ist bereits ins Ausland verschoben.

Schießender Ausreißer. Als in Roßlau (Anhalt) Freitag vormittag drei Schutzleute einen von der Staatsanwaltschaft verfolgten Kassenräuber aus Bitterfeld im Wirtshaus festnehmen wollten, tötete der Verbrecher einen Schutzmann und verwundete einen zweiten schwer. Darauf wurde der Verbrecher von dem dritten Schutzmann schwer verletzt.

Der Verleumdersumpf des „Lokal-Anzeigers".

Enthüllungen im Prozeß Scheidemann/Prinz.

Die gestrige Verhandlung des Prinz-Prozesses hat einen neuen Einblick in eine Verleumderzentrale geschaffen. Diesmal ist ihr Sitz Berlin, aber, was die moralische Qualität anbetrifft, reiht sie sich der Magdeburger Spitzelzentrale würdig an, überbietet ihre Korruption sogar.

Diese Verleumderzentrale hatte sich zur Aufgabe gestellt, ihr unbequeme sozialdemokratische Politiker durch Schaffung von sogenanntem „Material" zu beseitigen. Namentlich auf Genossen Scheidemann hat man es abgesehen. Auf der Anklagebank saß gestern nur ein kleiner Schächer, ein Revolutionsabenteurer, der allen möglichen Parteien gedient hat, vorübergehend auch in ein Amt gekommen ist, aber schwerlich mehr gewollt hat, als sich die Subsistenzmittel für einen lockeren Lebenswandel zu beschaffen. Der Angeklagte Prinz war nur das Werkzeug höherer Mächte. Sein Rechtsanwalt Nübell stellte sich als recht stark mitbelastet heraus. Er hat Prinz beauftragt, ihm Material zu beschaffen und ihm Geld dafür geboten. 2000 Mark konnte Prinz als erste Rate einstecken. „Ein Darlehen" sagt Herr Nübell. Er wird wohl selber zugestehen, daß ein Rechtsanwalt, der einem Prinz Darlehen in dieser Höhe gibt, reif ist, unter Kuratel gestellt zu werden. Wir behaupten, daß das Darlehen nur ein Scheingeschäft war und Herr Nübell niemals ernsthaft auf seine Rückzahlung gerechnet hat.

Freilich, Herr Nübell hat das Geld nicht selber gegeben. Dieses Geld entstammte — dem „Lokal-Anzeiger". Das unparteiliche Rentierblatt zeigt sich hier in ganz eigenartiger Beleuchtung. Es ist der Geldgeber für die dunklen Machenschaften eines Prinz. Und hinter dem „Lokal-Anzeiger" taucht die Deutschnationale Volkspartei auf als Geldgeberin für verleumderische Hetzbroschüren vom Schlage „Rattenkönig", dessen Verfasser für seine geringfügige geistige Arbeit, also in der Hauptsache wohl wegen seines erstaunlichen Verleumdertalents, das exorbiante Honorar von 10000 Mark erhält. Eine nette Gesellschaft!

Doch nur dieses Zipfelchen wurde klar gelüftet. Die Aussage des Hasso von Tyszka gab weitere Anhaltspunkte für die Aufdeckung des weitverzweigten Netzes der Verleumdung. Tyszka bekundete, er habe am 6. Dezember 1918 den Mordbefehl des Kommandanten des 2. Garde-Regiments erhalten und es seien von Regimentsseite schriftliche Mordbefehle mit der (natürlich gefälschten) Unterschrift Scheidemanns mehrfach ausgegeben worden. Ein Stück besitze er noch. Befragt, von wem er es erhalten habe, nennt er den Hauptmann Marx. Tyszka erklärt sich bereit, das Schriftstück aus seiner Wohnung zu holen.

Hier hätte sich vielleicht Gelegenheit geboten, einmal die ganze Angelegenheit mit allem Drum und Dran klarzustellen. Aber diese Möglichkeit scheiterte an der Haltung des Gerichtes. Der Antrag des Justizrates Dr. Werthauers, Scheidemanns Rechtsbeistand, den Tyszka unter Bewachung das Schriftstück holen zu lassen, es jedenfalls zum nächsten Termin zu besorgen, wird vom Gericht mit Stillschweigen übergangen. Auf Befragen bestätigt der Zeuge von Tyszka, daß er bereits im Vorverfahren der Staatsanwaltschaft den Besitz des Schriftstückes mitgeteilt habe. Aber der Staatsanwalt schien ganz andere Pflichten in sich zu fühlen, als dieses Schriftstück herbeizuschaffen. Er fühlte sich berufen, den Hauptmann Marx zu decken. In dem Moment, als der Zeuge von Tyszka diesen erwähnte, sprang der Staatsanwalt auf und erklärte, dieser sei ihm persönlich bekannt, er benenne ihn als Zeugen, daß die Angaben Tyszkas unwahr seien. Darauf kommt es hier nicht an, Herr Staatsanwalt, sondern darauf: Warum ist nicht schon in der Voruntersuchung der Versuch gemacht worden, das Schriftstück herbeizuschaffen, das von Tyszka zu besitzen behauptet?

Aber noch viel katastrophaler als diese Unterlassung wirkt der gleichzeitig mit der Vertagung verkündete Beschluß des Gerichts, den Angeklagten Prinz aus der Haft zu entlassen. Das Gericht hält den Verdacht der Urkundenfälschung nicht mehr für dringend. Nicht etwa, weil die Urkunde echt sein konnte, sondern weil Prinz behauptet, sie für echt gehalten zu haben. Die Verhaftung des Prinz war erfolgt, als er sich unter dem falschen Namen Blaumann mit einer Tänzerin auf Reisen befand. Angesichts dieses Umstandes gehört schon ein starkes Maß von Vertrauensseligkeit dazu, um anzunehmen, daß Prinz sich freiwillig zum nächsten Termin stellen wird. Hat das Gericht die Folgen bedacht, die aus einem Verschwinden des Angeklagten erwachsen würden? Dann bleibt den zum nächsten Termin geladenen Zeugen ihre Aussage erspart, und es dürften sich darunter einige befinden, die das mit erleichtertem Aufatmen begrüßen würden. Die restlose Entlarvung der Verleumderzentrale würde damit unmöglich gemacht werden. Das wäre jedenfalls eine sehr bedauerliche Folge der Haftentlassung des Angeklagten. Wir beklagen lebhaft, daß diese Seite der Sache von dem Gericht anscheinend übersehen worden ist.

Immerhin genügt das, was schon gestern festgestellt wurde, um das Gebahren des „Lokal-Anzeigers" und der Deutschnationalen Volkspartei bei der Sammlung von „Material" öffentlich an den Pranger zu stellen.

•

Nachstehend lassen wir den Schluß des Sitzungsberichtes folgen:

Justizrat Dr. Werthauer erklärt, daß er auf eine Vernehmung des Denner nicht werde verzichten können.

Der als Zeuge vernommene Heinrich Sklarz bekundet u. a.: Am 11. Juni seien bei ihm die Zeugen Alfred Pätzold und Otto Denner erschienen und hätten ihm zwei Schriftstücke übergeben, die sie von Prinz erhalten hätten. Das eine sei das Original eines Mordauftrages gegen Liebknecht, die Luxemburg und Dr. Levy, unterzeichnet von Scheidemann und Georg Sklarz. Das zweite Schriftstück stelle die Abschrift dieses Mordauftrages dar und auf der Rückseite befinde sich der Auszug aus einer Broschüre, welche

Prinz an die Deutschnationale Volkspartei

durch Vermittlung des Rechtsanwalts Nübell **zum Preise von 10 000 M. verkauft habe.** Die Zahlung dieser 10 000 M. sei durch Scheck auf die Commerz- und Diskontobank in Gegenwart der beiden Zeugen erfolgt. Prinz habe ihnen gesagt, daß der Scheck, den Rechtsanwalt Nübell in Gegenwart der beiden Zeugen an Prinz übergeben, zur Bezahlung seiner Broschüre gegeben sei. Prinz habe dem Denner den Auftrag gegeben, zum Rechtsanwalt Nübell zu gehen, ihm das Original des beigefügten Mordauftrages zu übergeben und nach Vereinbarung

600 M. einzukassieren.

Diese 600 M. sollten dann an seine Adresse nach Hannover telegraphisch gesandt werden. Mit diesem Gelde wolle er dann nach Holland fahren und dort **3½ Millionen Mark holen,** welche von einer Plünderung einer aus rumänischen Lei herrührenden Geldsendung sich dort befinden. — Der Zeuge verliest dann noch ein langes Schriftstück vom 12. Juli 1920, welches von Denner unterzeichnet ist. Darin heißt es u. a.: Prinz habe ihm gelegentlich am 28. Mai erklärt, er habe eine große Sache vor, die ihm viel Geld einbringe; er wolle dem Sklarz, den er persönlich hasse, eins auswischen und ihm die Maske des Ehrenmannes vom Gesicht reißen. Er wolle eine Broschüre schreiben, die die Fortsetzung der bekannten, **auch**

von ihm unerkannt verfaßten Schrift „Der Rattenkönig"

bilden solle. Der Abschluß dieser Schrift werde besonders den Georg Sklarz und vor allem Scheidemann, die den v. Tyszka damals zu dem Morde gedungen haben, vor aller Oeffentlichkeit bloßstellen. Das werde natürlich eine ungeheure politische Sensation geben. Diese neue Schrift verkaufe er durch Vermittlung des Rechtsanwalts Nübell

an die Deutschnationale Volkspartei für 10 000 M.

Prinz habe im Hotel „Bayerischer Hof" in der Dorotheenstraße in seiner Gegenwart die Broschüre geschrieben. Den Rest der Broschüre, der den Mordversuch an Liebknecht behandelte, habe er ihm in die Feder diktiert. — Der Angeklagte erklärt hierzu, daß diese ganze schriftliche Erklärung des Zeugen so klingt, als ob sie nicht von ihm herrühre, sondern ihm diktiert worden sei.

Der Zeuge Georg Sklarz lehnt es entschieden ab, mit dem betreffenden Schriftstück irgend etwas zu tun gehabt oder gar ein solches unterschrieben zu haben.

Rechtsanwalt Nübell (als Zeuge): Der Angeklagte erschien eines Tages bei mir und bot mir im Hinblick auf verschiedene Beleidigungsprozesse, die gegen Zeitungen schwebten, Material gegen Gebrüder Sklarz an. Ich verlangte, nur Tatsachen, die durch Zeugen belegt werden könnten, mitzuteilen. Darauf brachte er mir eines Tages eine Schrift, bei derem Durchblättern ich erkannte, daß wichtiges Material darin enthalten war. Im übrigen bestätigt der Zeuge im allgemeinen das, was Prinz über die weitere Entwicklung der Dinge gesagt hat. Richtig sei es, daß er dem Angeklagten schließlich **darlehnsweise 2000 M. gegeben habe.**

Der „Lokal-Anzeiger" als Geldgeber.

Auf die Frage des Dr. Werthauer, woher dieses Geld stamme, nannte der Zeuge den „Lokal-Anzeiger", gegen dessen Redakteur Specht auch eine Klage schwebe, in der er diesen vertrete.

Etwas sensationell gestaltet sich die Vernehmung des aus der Strafhaft vorgeführten Zeugen Bauführers Hasso v. Tyszka. Dieser bekundet auf verschiedene Fragen und Vorhaltungen u. a.: Ich war damals Mitglied der Republikanischen Soldatenwehr und Zugführer im Depot II 16. Ich bekam den Auftrag vom Kommando des 2. Garderegiments zu Fuß, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zu verhaften und unschädlich zu machen. Dieser Befehl war mündlich und wurde mir am 8. oder 9. Dezember erteilt. Ich nahm zwei Mann vom Depot mit, deren einer in Wahrheit „Falke", nicht aber, wie der Angeklagte irrtümlich angegeben, „Franke" heißt, mit und begab mich nach Liebknechts Wohnung und forderte ihn auf, mit mir nach dem Depot zu kommen. Liebknecht erbat sich zunächst einen kurzen Aufschub, um sich telephonisch mit Eichhorn in Verbindung setzen zu können. Nach kurzer Zeit **kam Prinz in einem Auto** mit mehreren Matrosen und einem Zivilisten herbeigeeilt und fragte, nach welchem Befehl ich handle. Ich zeigte meinen Ausweis vor und Prinz nahm mich und meine Leute mit ins Depot. Auf weiteres Befragen erklärt der Zeuge: Er besitze jetzt noch schriftliche, mit dem Namen Scheidemann unterzeichnete Befehle dieser Art, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg unschädlich zu machen. Ich bewahre sie bei mir zu Hause und will sie, sobald ich auf freien Fuß wieder komme, in einer Schrift veröffentlichen. Von Dr. Levi war darin keine Rede. Der Befehl war mit der Schreibmaschine gedruckt und trug die handschriftliche Unterschrift des Namens Scheidemann. — Rechtsanwalt Dr. Werthauer: Von wem haben Sie denn solchen Befehl erhalten? — Zeuge: Von dem Kommandeur durch die Nachrichtenabteilung,

vom Hauptmann Marx.

Ich könnte die Befehle, die ich noch habe, sofort holen, gebe sie aber an niemand heraus. — Vors.: Haben Sie an dem Abend, wo Prinz in der geschilderten Weise eingriff, den Befehl diesem gezeigt? — Zeuge: Nein. — Angekl. Prinz: Der Husar Falke hat ihn in der Hand gehabt, ebenso die übrigen Ausweise, die der Zeuge von Wels und von Fischer bei sich hatte. — Zeuge: Das ist entschieden unrichtig. Falke gehörte zu meiner Mannschaft; wie sollte der imstande sein, meine Papiere durchzusehen? Das hier mir vorgelegte Schriftstück, um welches es sich in diesem Prozeß handelt, ist nicht übereinstimmend mit dem Befehl, von dem ich sprach. — Vors.: Sie können die Antwort auf folgende Frage verweigern: Haben Sie etwa eine solche Urkunde angefertigt? — Zeuge: Nein. — Rechtsanw. Dr. Werthauer: Ist denn damals Liebknecht nur gerettet worden durch das Eingreifen von Prinz? — Zeuge: Ich würde ihn nur nach dem Depot gebracht haben; ich erschieße keinen Menschen!

Staatsanw.-Rat Heyner beantragt die Vertagung, da er auf die fehlenden Zeugen nicht verzichten könne und auch die Vernehmung des Falke für notwendig halte. Rechtsanwalt Dr. Werthauer schließt sich diesem Antrage an und regt an,

den Zeugen Tyszka unter sicherer Begleitung nach seiner Wohnung zu führen

und zu sehen, ob nicht seine Aussage über die in seinem Besitze befindlichen Befehle doch bloß purer Schwindel ist.

Der Gerichtshof beschließt die Vertagung. Zu dem neuen Termin sollen außer den heute erschienenen Zeugen noch geladen werden: die Kraftwagenführer Denner und Petzold, der Zeitungskorrespondent Steinberg, der Redakteur Specht vom „Lokal-Anzeiger", der Zeuge Falke und der Hauptmann Marx.

Auf Antrag des Rechtsanwalts Nübell wurde der

Haftbefehl gegen Prinz aufgehoben,

weil der Verdacht der Urkundenfälschung nicht mehr so dringend sei. — Der Angeklagte war im Laufe der Verhandlung immer dabei verblieben, daß er das Schriftstück für echt gehalten habe.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Entspricht den Gebührensätzen. — **H. F. 25.** Ja. Der Steuerabzug bezieht sich auf das laufende Steuerjahr. (1920/21.) — **L. L. 13.** 1. a) Die Mutter und die Geschwister. b) Nein. c) Ja; die Mutter erhält ²/₄ und die Geschwister erhalten ²/₄. 2. Unter Umständen ja. 3. a und c: Ja. b: 30 Proz. der Vollrente. — **B. W. 112.** Ja. — **P. E. 20.** 1. Nein. 2. und 3. Entspricht den gesetzlichen Bestimmungen. — **A. U. 8.** Sie brauchen nur den vereinbarten Mietzins zu zahlen. — **A. A. 25.** 1. Ein Jahr. 2. Ja. 3. Ja; was üblich ist. 4. Ja. 5. Unter Umständen ja. 6. Nur auf Anordnung der Polizeibehörde. — **O. W. 46.** 1. Ja. 2. An die Krankenkasse. — **O. B. 1901.** Unseres Erachtens bestehen dagegen keine Bedenken mehr. Die Löschung ist sicherlich erfolgt. — **W. F.** Zweifelhaft. Versuchen Sie Ersatz der Kosten vom Vermieter zu erlangen.

A. J. Sämtliche Zeitschriften und Zeitungen finden Sie nirgends ausgelegt; die bedeutenderen im Lesesaal der Staatsbibliothek (Unter den Linden) und in der öffentlichen Bibliothek und Lesehalle, Adalbertstraße 41. — **E. T. 66.** Die Ihnen abgeforderten Steuern für April—Juni 1920 müssen Sie zahlen. Der Steuerabzug soll die künftigen Steuern im voraus sicherstellen.

Continental
Reifen
die Qualitätsmarke mit der seit
50 Jahren bekannten Schutzmarke
liefert jede
Fahrrad- u. Autohandlung

Am 26. August verschied nach langem, schwerem Leiden der Geschäftsführer der **Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin-Schöneberg,** Herr Verwaltungsdirektor

Hermann Dannefeldt.

Wir betrauern den Verlust dieses seit 23 Jahren mit treuester Hingabe für die Kasse tätigen Beamten, dessen unermüdliches Interesse und warmes Herz für die Mitglieder, dessen Wohlwollen seinen Mitarbeitern und Angestellten gegenüber ihm ein dauerndes, ehrendes Andenken sichert.

Die Beerdigung findet am Montag, 30. August, nachmittags 4 Uhr, auf dem alten Schöneberger Kirchhof, Hauptstr. 46, statt.

147/14 **Der Vorstand.**

Danksagung.

Für die anläßlich des Dahinscheidens meiner lieben Frau, unserer guten Mutter erwiesenen Aufmerksamkeiten sagen wir allen Verwandten, Bekannten und Freunden sowie Mietern des Hauses unseren tiefgefühltesten Dank. 143/1

Berlin, 25. August 1920.

M. Stache
nebst Kindern.

Hühneraugen, Fußschlen[illegible]
Hornhautbildung entfernt mit absoluter Sicherheit Reichels „Bosco". Einziges Radikalmittel für eingewurzelte und schmerzhafte Leiden. Seit über 25 Jahren bewährt. M. 3,50
Otto Reichel, Berlin 43
Eisenbahnstr. 4.

Doppelflinten
Drillinge, Pistolen, kauft
Frank,
W 8, Markgrafenstr. 36.

Zinn, rein. bis 35 M.
Quecksilber, Bierschlang., Gold-, Silberbruch, Altmetall, allerhöchste Preise Metallschmelze Prinzessinnenstr. 17, Moritzpl.

Zur Einsegnung

BlaueChev.-Anzüge früher 390—500
sehr haltbar, in Größe 11—44 Jetzt M. 290-375
Blaue Kammg.-Anz. früher 500—620
aus außergewöhnlich festem Stoff, in Größe 10—44 ...... Jetzt M. 355-420
BlaueChev.-Anzüge früher 550—660
prima Ware, sehr gute Verarbeitung, in Größe 10—44 .. Jetzt M. 375-440
Farbige Anzüge früher 350—445
einfarbig und kariert, Größe 11—42 .... Jetzt M. 240-330
Farb. Chev.-Anzüge früher 425—510
in vielen Farbenstellungen, in Größe 11—44 ...... Jetzt M. 315-400
Farbige Anzüge früher 550—950
in ausgezeichneten Qualitäten, in Größe 11—44 .... Jetzt M. 435-650
Hüte, Krawatten, Servileurs, Kragen, Hosenträger, Socken sehr billig
Nur eine Verkaufsstelle
BaerSohn
Keine Filialen mehr
Nur Chaussee-Straße 29-30 Nur

Billige Zigaretten!
Prima Qualitäten
aus feinsten hellen und orientalischen Tabaken
20 Pf. 1000 St. ohne M. . . . . M. 165.—
25 „ 1000 „ „ „ . . . . . „ 185.—
30 „ 1000 „ „ „ . . . . . „ 215.—
40 „ 1000 „ „ „ u. m. G. „ 270.—
— und höhere Preislagen —
Versand franko gegen Wertnachnahme.
Bruno Urban
Fernsprecher — 17327 — Dresden-A. 5 Friedrichstr. 40 Telgr.-Adr.: Tabakurban

Vereinigung der Rechtsfreunde
Berlin N. 24, Friedrichstraße 127, nahe Karlstr.
die Rechtsauskunftei des großen Publikums
== Prozeßabteilung == Sprechzeit 9—5
Bisher über 125 000 Ratsuchende.

Die gute Massary-Zigarette

Urteilsfähige Raucher wissen, weshalb sich die Massary-Zigaretten so großer Beliebtheit erfreuen. Versuchen auch Sie unsere Spezialmarken Classe 30 Pfg., Caid 40 Pfg.

Urteilen Sie selbst!

Theater, Lichtspiele etc.

Großes Schauspielhaus. 7: Julius Cäsar (4. Abt., 5. Ab.) Stg.: Julius Cäsar (15. Abt., 5. A.)

Deutsches Theater. 8 Uhr: Floh im Panzerhaus.

Kammerspiele. 8 Uhr: Weibsteufel.

Kleines Schauspielhaus. Fasanenstr. 1 (Nähe Bhf. Zoo). 8 U.: Büchse der Pandora.

Theater i. d. Königgrätzer Straße ½8 Uhr: Geständnis.

Berliner Theater ½8 U.: Der letzte Walzer

Central-Theater 7½: Die verschwund. Pauline.

Deutsches Opernhaus 7 Uhr: Die Fledermaus

Die Tribüne 8 Uhr: Bunbury.

Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Bac.

Kleines Theater. 7½ U.: Elise Lensing.

Komische Oper 7½ Uhr: Liebe im Schnee.

Lustspielhaus Arnold Rieck in: 7½ Uhr: Zwangs-Einquartierung

Metropol-Theater. Wegen Vorbereitung zur Premiere heute geschlossen.

Neues Central-Theater 7½ U.: Die Dame im Frack.

Neues Operettenhaus Zum ersten Male: 7 Uhr: Die Csikosbaroness.

Neues Volkstheater 7½ Uhr: Hoffnung auf Segen.

Schiller-Theat. Charl. 7½ U.: Nathan der Weise

Thalia-Theater 7½ U.: Hobelt die Tänzerin.

Th. am Nollendorfplatz 7½ U.: Eine Nacht im Paradies

Theater des Westens 7½ U.: Der ersten Liebe gold. Zeit

Wallner-Theater 7½ Uhr: Die Frau im Dunkeln.

Walhalla-Theater. 7½ U.: Die Internationale.

Rose-Theater. 7½ Uhr: Der Graf von Luxemburg.

Circus Busch Gebäude. Täglich 7½ Uhr: Gr. Spezialität.-Vorst. Mont. Jb.: Schluß d. Saison

Winter-Garten Täglich 7.15 Uhr: Varieté-Spielplan Rauchen gestattet!

Theater a. Kottbus. Tor Tel.: Moritzplatz 14814. Täglich 7½ Uhr: Elite-Sänger. Vollständig neues Programm. Billigen-Konzert. Beginn 7 Uhr. Vorvk. 11-1½, 4-6 U.

Reichshall.-Theater Abends 7½ und Sonntag Nm. 3 Stettiner Sänger Nachmittags halbe Preise.

Varieté-Café Moritzplatz Oranienstraße 53-54 L. und M. Lee Walter Pintus Hartle und Eltra und das große Varieté-Programm.

Volksbühne Theater a. Bülowpl. 3 Uhr: Fledermaus. 7½ Uhr: Zigeunerliebe

Lessing-Theater. Sommerspielzeit Allabendlich 7½ Uhr: Die Tänzerin (Leopoldine Konstantin, Haase, Hermann Thimig)

Deutsches Künstler-Theater Allabendlich 8 Uhr Clubleute mit Max Adalbert.

Trianon-Theater. Bahnhof Friedrichstraße Allabendlich 8 Uhr: Hansi Arnstädt in Untreu. Sonntag 4: Der Störenfried

Residenz-Theater. Stadtbahn Jannowitzbrücke. Untergrundbahn Klosterstr. Allabendlich 8 Uhr: Der große Erfolg! Die Raschhoffs Sonntag 4: Der gute Ruf.

Casino-Theater Lothringer Str. 37. — Tgl. ½8: Das gr. Eröffnungsprogramm mit dem neuen Schlager: Knorp's sel. Witwe und „Anschluß verpaßt". Singspiel mit Viktor Litzek. Sonntg. 3½: Gebrüder Zorn.

Admirals-Palast 7½ Flirt in St. Moritz.

Apollo-Theater 7½ Dir. James Klein. Letzte Tage Paul Beckers

mit seiner urkom. Varieté-Gesellschaft und die übrigen August-Varieté-Sensationen.

Eintritt frei. **Adi-Haus** Taubenstr. 34 — Ztr. 1052. Lewerri / Franz Romahn, Paul Matinett, Lotti Janowski, Hertha Loewe / Theo D'or, Tom Black / Eugen Mack, Lucie Delburg, Anni Lehmann, A. Liebans Meisterquart., Hans Wilh. Bachmann. **Adolf Lieban** Erstkl. Küche, ff. Weine, Mocca, Tee, Schokolade. Beginn 7 Uhr. Eintritt frei.

Alte Wein-Stuben **J. F. Rauch** Friedrichstr. 11, Brunnenstr. 174 neb. Gold-Buxe, Gr. Frankfurter Str. 112 neben Jandorf, Invalidenstr. 164. Engros: N 4, Bergstr. 34. Tel.: Nord. 8214. Billige Bowlenweine. Eierlikör „Advokat". **Derby-Cognac**

Eheleute! D. R.-Pat. Frauenschutzmittel 20,—, andere hyg. Gummiartikel billigst. Preisl. gratis gegen Retourmarke. Studem. Seidel, Berlin C 25, Klingstr. 11, am Alexanderpl.

Metallankaufsstelle Osten. Grüner Weg 80 zahlt höchste Tagespreise für Kupfer, Messing, Blei, Zink etc.

Schloßbrauerei Schöneberg

Hauptstr. 121—132. Dir. E. Krämer. — Fernspr. Steph. 1691.

Heute Sonnabend, 28. August (außer Konkurrenz):

Der große Herausforderungskampf

Hans Schwarz gegen **Carl Saft**
Weltmeister — Weltmeister

bis zur absoluten Entscheidung

um den Preis von 18 000 M.
davon dem Sieger ⅔, dem Besiegten ⅓.

Zur Deckung der enormen Unkosten sind die Eintrittspreise erhöht worden. Die w. Besucher werden gebeten, um den Andrang an der Kasse zu vermeiden, recht frühzeitig zu erscheinen.

Kassenöffnung 5 Uhr, Beginn des Ringkampfes 8 Uhr.

Besonders billiges

Möbel-Angebot!

Schlafzimmer
1 Schrank, Eiche
1 Waschtoilette mit Marmor
2 Nachttischchen „ „
2 Bettstellen „
2 Patentböden
2 dreiteilige Auflagen
2 Stühle
1 Handtuchhalter
M. 4650, 5750, 8500 etc.

Speisezimmer
1 Büfett, Eiche
1 Kredenz „
1 Ausziehtisch „
6 Stühle „
mit Ia Polsterung
Prima Ausführung
M. 5750, 7800, 9500 etc.

Herrenzimmer
1 Bibliothek, Eiche
1 Schreibtisch „
1 runder Tisch „
1 Sekretairessel „
2 Stühle
M. 5250, 6800, 8450 etc.

Küchen
1 Büfett
1 Anrichte
1 Tisch
2 Stühle
1 Kohlenkasten
1 Handtuchhalter
M. 875, 1250, 1650 etc.

M. Schlewinsky & Co.
Berlin C., Dircksenstr. 31
am Bahnhof Alexanderplatz
Ecke Königsgraben

Nutzeisen jeder Art:
Rund-, Flach-, Quadrat- u. Bandeisen, Gas-Siede-Rohre, T-Träger u. U-Eisen, Feldschmieden und Ambosse
sofort ab Lager lieferbar
Felix Kohls, Berlin C. 25, Dircksenstr. 12,
Moritzplatz 12072. Ecke Poststraße. Moritzplatz 12073.

Im Tollhaus
von A. Zickler
Ein Befreiungsbuch

Vier Kapitel, niedergeschrieben im starken Nachklang des Erlebten, schildern das Tollhaus. In ihnen reißt Zicklers Schilderung Vorhänge auseinander, hinter denen eine unbekannte Welt der Qual lebte, dämpfte und litt, eine Welt der Qual, unglaublich fürchterlicher als alle Verheerungen, die Kugeln und Splitter in Menschenleibern anrichtet. Ans Herz packende Grotesken des Irrsinns, larmoyante Prophetien harmlos Verrückter, Deutsche, Franzosen, Russen, eine ganze europäische Allianz des Wahnsinns.

Zu bezieh. bei Voreinsend. von 3.— Mk. und 20 Pf. für Porto (Scheckkonto Berlin 1243) durch die Buchhandl. Vorwärts Berlin, Lindenstr. 2

Vom **1. September** ab fährt der **D-Zug 13 Berlin—Danzig** fast 2 Stunden früher von Berlin ab; Charlottenburg ab 7.29 abends, Frl. ab 7.53 abends, Schlef. Bf. ab 8.13 abends, Alstrin-Z ab 9.41 abends, Landsberg ab 10.32 nachts, Kreuz ab 11.35 nachts, Schneidemühl ab 12.46 nachts, Flatow ab 1.22 nachts, Firchau ab 2.24 nachts, Konitz ab 3.40 nachts, Dirschau an 5.27 morgens, Danzig an 7.00. D 14 fährt von Danzig bis Schneidemühl etwas früher. Charlottenburg, den 24. 8. 20. Eisenbahndirektion Osten in Berlin Zoo. 121/13

Bekanntmachung.

Die 6. und 7. Satzungsänderung unserer Kasse ist vom Ober-Versicherungsamt genehmigt worden. Die sechste Satzungsänderung betrifft die bereits bekannt gegebenen Aenderungen in der Einteilung der Grundlöhne, sowie die Ausdehnung der Versicherungspflicht und ist bereits am 1. bzw. 10. Mai d. J. in Kraft getreten.

Durch die 7. Satzungsänderung, die am 1. September d. J. in Kraft tritt, werden die Beiträge von 6 auf 7 Proz. des in § 19 der Satzung festgesetzten Grundlohns erhöht.

Druckstücke dieser Aenderung sind ab 1. September 1920 in unseren Haupt- und Zahlstellen zu haben.

Allgemeine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin.
Nürnberg, Vorsitzender.
Schmit, Schriftführer. 147/15

Bekanntmachung.

Wir machen hierdurch bekannt, daß in

Berlin	**Buckow**
Berlin-Dahlem	**Groß-Ziethen**
„ -Friedenau	**Grunewald-Forst**
„ -Grunewald	**Klein-Machnow**
„ -Lankwitz	**Lichtenrade**
„ -Lichterfelde	**Neukölln (Gosenheide)**
„ -Mariendorf	**Nikolassee**
„ -Marienfelde	**Rudow**
„ -Niederschönweide	**Schönefeld**
„ -Schmargendorf	**Selchow**
„ -Schöneberg	**Stahnsdorf**
„ -Steglitz	**Teltow**
„ -Tempelhof	**Waßmannsdorf**
„ -Wilmersdorf	**Zehlendorf**

von dem Tage ab, an dem im Monat September 1920 bis laufenden Gasmesserstände aufgenommen werden, der Preis für das Kubikmeter Gas bis auf weiteres 1,10 M. einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer beträgt.

Für das durch Münzgasmesser entnommene Gas erhöht sich dieser Preis um die Gasmessereinrichtungsmiete. Der Unterschied zwischen diesem neuen Preise und dem, auf den der Münzapparat noch eingestellt ist, wird bei der Entleerung der Münzgasmesser durch die Beauftragten der Gesellschaft gegen Empfangsbescheinigung besonders eingezogen.

Berlin, den 26. August 1920.

Gasbetriebsgesellschaft, Aktiengesellschaft.
Der Vorstand: E. Körting. 884D

Städt. Baugewerkschule

Berlin
Kurfürstenstraße 141.

Beginn des Winterhalbjahres 6. Oktober cr.

Anmeldungen werden täglich von 8 bis 3 Uhr, außerdem Sonnabends bis 6 Uhr abends im Bureau angenommen. Auskunft ebendort. 16/9*

September - Oktober 1920

finden politische u. volkswirtschaftliche Fragen behandelnde

Redner-Kurse

statt. 88ID

1. **Dozent:** Herr Dr. Hamburger, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 6-7. Kursus: Kölnisches Gymnasium, Inselstraße 2. Dienstags und Freitags 7—9 Uhr. Beginn: Freitag, den 3. September.
2. **Dozent:** Herr Generalsekretär Mosich, Schmargendorf, Hundekehlenstr. 11. Kursus A: Tempelhofer Ufer 2. Montags und Donnerstags von 7—9 Uhr. Beginn: Donnerstag, den 2. September. — Kursus B: Schiller-Lyzeum, Reinickendorfer Straße. Dienstags und Freitags von 7—9 Uhr. Beginn: Freitag, den 3. September.
3. **Dozent:** Herr Dr. Ruthe, Karlshorst, Gundelfingener Straße 5a. Kursus: Welhenstephan, Schöneberger Straße 23. Dienstags u. Donnerstags von 7½—9½ Uhr.
4. **Dozent:** Herr Dr. Litzig, Berlin-Pankow, Schulstr. 27. Kursus: Berlin N., Realschule, Carmen-Sylva-Str. 24-26. Montags und Donnerstags von 7—9 Uhr. Beginn: Donnerstag, den 2. September.

Jeder Kursus umfaßt 16 Doppelstunden. — Gebühr für einen ganzen Kursus Mk. 5.—. Für **Kriegsbeschädigte** und **Arbeitslose kostenlos.** — Anmeldungen werden erbeten am 1. Unterrichtstag oder schriftlich bei den betreffenden Dozenten in der Wohnung.

Die Kurse dienen keiner Partei.

Liga zum Schutze der deutschen Kultur, Lützowstr. 107.

Elsässisch-Badische Wollfabriken Aktiengesellschaft zu Forst i. L.

Auf Grund des von der Zulassungsstelle genehmigten und gleichzeitig zur Veröffentlichung gelangenden Prospekts sind

M. 4 000 000.— Aktien der Elsässisch-Badischen Wollfabriken, Aktiengesellschaft zu Forst i. L.
4000 Stück zu je M. 1000.— Nr. 1—4000

zum Handel und zur Notiz an der Berliner Börse zugelassen worden.

Berlin, im August 1920.

Commerz- und Privat-Bank
Aktiengesellschaft.

Alte, auch zerbrochene Gebisse
kauft von Montag, den 30. August, bis einschl. Sonnabend, den 4. September, von 9—6 Uhr im Hotel Ruppiner Hof, Invalidenstr. 29. Zahn bis 10 M.
83/12* **Bartsch, Henningsdorf.**

Zinn! Lötzinn! Weißmetall! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zink! Blei! Quecksilber! Glühkörperabfälle 100 M.! Stanniolpapier! Kapselblei!
Zahngebisse! Zahn bis 100 M.! Platinabfälle!
Gold- und Silbersachen höchste Tagespreise.
Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstr. 31

Zähne v. 4 M. an Teilzahlung. Kronen 15 M. Plomben 1.50. Zahnziehen mit Einspr. höchst schmerzlind. Umarb. schlechts. Gebisse. Rep. Zahnarzt Wolf sof. Potsdamer Str. 55, Hochb. Sprechz. 4-7

Karbid, Kilo 5,50 M. Händlern bei Trommel- oder Waggonbezug Rabatt. Schlawe, Berlin, Weinmeisterstr. 4. 101/2

Zinn u. Blei sowie alle Altmetalle kaufen zu höchsten Preisen **Metallschmelzwerke,** Waldemarstr. 74. Telephon: Moritzplatz 9955.

Stellenangebote

Näherinnen, 2 tüchtige Einsatznäherinnen und 2 tüchtige Serviettennäherinnen können sofort Stelle in Dänemark mit gutem Lohn erhalten. Zeugnisse und Photographien werden erbeten unter der Marke „P 862" an die Expedition d. Blattes. 83/11

Kriegsanleihe wird zum Kurse von 84 % in Zahlung genommen.

Herbst-Neuheiten

zu sehr billigen Preisen!

Mollige Ulster	600, 450, 275, 156
Astrachanmäntel	875, 675, 450
Gummimäntel für Damen	450, 375
Wunderbare Sealplüschmäntel	2500, 2100
Trikot-Sportjacken	220 — 48
Gummimäntel für Herren	600, 450
Impr. Seidenmäntel	400, 265
Plüschmäntel	1600, 1500, 1100
Stoffröcke	85 — 65

Elegante Pelzmäntel 8000, 6000, 3975

Westmann

1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstrasse 37a
2. Geschäft: Berlin NO 18, Gr. Frankfurter Str. 115

Buchhandlung Vorwärts G. m. b. H. Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Sonntage eines Großstädters in der Natur
Von Kurt Grottewitz. Mit einem Vorwort von Wilhelm Bölsche
5. Aufl. . geb. Mk. 5.40

Möbel Bar oder Teilzahlung bei kleinster An- u. Abzahlung zu bedeutend herabgesetzten Preisen
Schlafzimmer
Wohnzimmer
Herrenzimmer
Speisezimmer
Bunte Küchen
Einzelne Möbel
Liefere auch n. auswärts. Lagerung kostenlos.
Möbel-Cohn Gr. Frankfurter Str. 56 5 Min. vom Alexanderplatz. Filiale: Badstr. 47-48. 5 Min. v. Bhf. Gesundbr.

Tüchtige **Kassiererinnen** sofort gesucht.
Meldungen: 12—2 Uhr mittags, 5—6 Uhr abends.
A. Jandorf & Co., Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 118/119.

Nach Holland! Zum baldigen Eintritt gesucht ein äußerst tüchtiger **Meister** und ein äußerst tüchtiger **Wickelmeister** mit langjährigen Erfahrungen im Bau und Wickeln von Drehstrom-Kleinmotoren. — Angebote unter Beifügung von Zeugnisabschriften und Lichtbild, einzureichen unter „Holland" an die Annoncen-Expedition D. F. Alta, Haag, Holland. 182/12

Einigungsstreben in Oberschlesien.

In einer Note an den polnischen Volksabstimmungskommissar Korfanty sagt der Hauptausschuß der vereinigten deutschen Parteien und Gewerkschaften samt dem deutschen Abstimmungskommissariat, daß die bereits mitgeteilten polnischen Vorschläge die Zustimmung der Deutschen finden. Dabei ist nachzutragen, daß über Ausnahmen, die durch berufliche, geschäftliche oder sonstige billige Interessen der Betreffenden gerechtfertigt sind, eine paritätische deutsch-polnische Kommission unter dem Vorsitz eines Interalliierten entscheidet. Punkt 3 und 4 lauten wörtlich:

„Die Weigerung, die Waffen niederzulegen oder abzugeben, soll mit den schärfsten Strafen, mindestens mit einjähriger Zuchthausstrafe und mit Verlust des Abstimmungsrechtes geahndet werden.

Von den politischen Parteien und Gewerkschaften auf polnischer und deutscher Seite soll ein gemeinsamer Aufruf an die Bevölkerung zur Rückkehr und zum Frieden erlassen werden."

Die deutsche Zustimmungserklärung bezweifelt, daß die Ausweisung aller seit dem 1. August 1919 Zugezogenen nach dem Versailler Text zulässig ist. Sie sagt weiter:

„Es liegt im Sinne Ihrer Vorschläge, wenn wir im Interesse des Friedens in Oberschlesien und der Sicherstellung dauernder ungestörter Fortführung des Wirtschaftslebens noch folgende Punkte hinzufügen: 5. Jeglicher Terror gegen Andersdenkende hat zu unterbleiben, insbesondere ist jede Einwirkung durch Gewalttätigkeit oder Drohungen in Arbeitsbetrieben oder Privatleben, jeder Zwang wegen Zugehörigkeit zu einer politischen oder wirtschaftlichen Organisation untersagt.

Zur Ueberwachung der Durchführung dieser Vereinbarungen ist für das Abstimmungsgebiet eine paritätische deutsch-polnische Kommission unter Vorsitz eines Interalliierten einzusetzen. Als ersten Akt des ernstlichen Willens beider Teile zur Durchführung der getroffenen Vereinbarungen halten wir die sofortige Veröffentlichung des unter Punkt 4 vorgesehenen Aufrufs für notwendig. Wir sind dazu bereit und erwarten von Ihnen das gleiche. Sie haben unseren Vertretern versichert, daß ein Aufruf Ihrerseits **den Frieden in Oberschlesien binnen 48 Stunden wiederherstellen** würde. Sollten Sie daher zögern, so müßten wir daraus entnehmen, daß Sie den gegenwärtigen ungesetzlichen Zustand billigen und daß Sie zur Verwirklichung Ihrer Zusagen nicht gewillt oder nicht in der Lage sind."

Die Verhandlungen über diese Note haben Freitag nachmittag begonnen. Inzwischen haben Korfanty und sämtliche polnischen Organisationen einen

Aufruf an die Polen

erlassen, in dem es heißt:

„Die Sicherheitspolizei verläßt Oberschlesien. Es werden Bürgerwehren gebildet, die bis zur Uebernahme des Sicherheitsdienstes durch die Abstimmungspolizei Dienst tun werden. Die alliierte Kommission in Oppeln hat sich weiter darauf geeinigt, daß zugewanderte Deutsche, die in Oberschlesien Unruhen und Pogrome gegen die Polen veranstalteten (??), ausgewiesen werden. Ferner werden in allernächster Zeit

polnische Kontrolleure bei den Behörden

angestellt, die darüber wachen werden, daß in den Aemtern keine Waffen verborgen und dort keine Pläne gegen die polnische Bevölkerung (?) geschmiedet werden. Die Verhandlungen betreffend die Bezahlung der Streiktage werden mit den Arbeitgebern noch geführt. Bis dahin haben wir erreicht, daß infolge des Streiks kein Bergarbeiter geschädigt wird in bezug auf Urlaub, Deputatkohle und Ueberschichten. Falls die Arbeitgeber sich darauf nicht einlassen sollten, sollen die Bergarbeiterorganisationen namhafte Unterstützungen zahlen." Weiter heißt es:

„Die Lage ist derart, daß durch einen weiteren Streik und Unruhen unsere gerechte Sache nur leiden würde. Wir rufen Euch deshalb zur

Aufnahme der Arbeit

auf, zumal die Gründe zum Streik nicht mehr vorhanden sind. Gleichzeitig rufen wir auch zur **Abgabe der Waffen** auf. Diese sollen bis zum 28. August, mittags 12 Uhr, bei den Gemeindevorstehern niedergelegt werden. Ferner müssen sofort alle **Angriffe** auf die deutsche Bevölkerung, die **Revisionen** in den Häusern, Straßenbahnen, Eisenbahnen und in den Straßen **unterlassen** werden, damit Ruhe eintritt. Der Kampf, den wir geführt, war ein Kampf um die Gleichberechtigung, auf die die polnische Bevölkerung umsonst gewartet hat. Jetzt, wo wir das **Ziel erreicht**, müßt Ihr **unbedingt** unserem Aufrufe Folge leisten, damit wieder **Ruhe und Ordnung** in Oberschlesien eintritt."

„Wir haben die Macht!"

Die Drohungen des Märkischen Selbstschutzes.

Mit welcher Frechheit der „Märkische Selbstschutz" sich seiner Auflösung widersetzt und mit welcher Selbstverständlichkeit er dabei offenen Ungehorsam und Auflehnung proklamiert, das zeigt ein Aufruf, der die ganze erste Seite des „Ruppiner Tageblattes", Nr. 195 vom 27. August 1920, bedeckt. Wir zitieren die besonders hervorgehobenen Schlußsätze:

Uns schreckt kein Zuchthaus, keine Todesstrafe, denn auf unserer Seite ist das sittliche Recht und — Gott sei dank — die Macht.

Darum bleibt der Selbstschutz bestehen, solange wir es für nötig halten.

Der Aufruf trägt etwa 40 Unterschriften. Sein Wortlaut läßt nicht den geringsten Zweifel, daß zur offenen Auflehnung gegen Gesetze und gültige Verordnungen unter Berufung auf die physische Macht des Selbstschutzes aufgefordert wird. Der Ausruf: „Wir haben Gott sei dank die Macht!" ist übrigens eine schöne Illustration zu der Behauptung der reaktionären Presse, daß die Waffen in den Händen der Arbeiterschaft seien. Unter den 40 Unterzeichnern, die erklären, daß sie kein Zuchthaus schrecke, befindet sich übrigens ein Eulenburg auf Liebenberg. Sollte es Phili Eulenburg sein . . .?

In jedem Fall liegt hier eine strafbare Aufforderung zum Ungehorsam vor. Was gedenkt der Herr Staatsanwalt zu tun?

Bewaffnung der Technischen Nothilfe?

In Nr. 424 vom 26. August 1920 brachten wir unter der Ueberschrift: „Bewaffnung der Technischen Nothilfe?" ein Rundschreiben der Ortsgruppe Stettin der Technischen Nothilfe zum Abdruck. Die Hauptstelle der Technischen Nothilfe bemerkt hierzu:

1. Der Wortlaut des Schreibens ist in einigen, und zwar in wesentlichen Punkten, nicht richtig wiedergegeben.

2. Das Schreiben der Ortsgruppe hatte den Zweck, die Mitglieder der dortigen Technischen Nothilfe darauf hinzuweisen, daß es auch für sie, wie für alle anderen Bürger, eines besonderen polizeilichen Waffenscheines zum Waffentragen bedarf. Es war bei dem klaren und bekannten Sachverhalt völlig unnötig, daß das Schreiben von Ortsgruppenführer vertraulich abgefaßt worden ist und dadurch nur den fälschlichen Anschein einer geheimnisvollen Wichtigkeit erweckte.

Im übrigen ist die ganze Angelegenheit bereits überholt, da im Verlauf der weiteren Bekanntgabe der Bestimmungen des Entwaffnungsgesetzes inzwischen angeordnet worden ist, daß sich die Dienststellen der Technischen Nothilfe mit der Frage der Bewaffnung überhaupt nicht dienstlich befassen, weil dies nach dem Entwaffnungsgesetz eine rein private Angelegenheit des einzelnen geworden ist und in das Zuständigkeitsgebiet des Entwaffnungskommissars gehört. Hierdurch sind die von Ihnen an diesen Einzelfall geknüpften Folgerungen hinfällig."

Wir nehmen davon Kenntnis. Wie die „Hauptstelle der Technischen Nothilfe" selbst zugibt, war die geheimnisvolle Aufmachung des Rundschreibens durchaus angetan, Verdacht zu erwecken.

Die Mecklenburger Waffenfunde.

Die „Deutsche Tageszeitung" hat unsere Meldung über Waffenfunde in Mecklenburg als eine Art Kaffeeschwesternklatsch abzutun gesucht. Wir wollen ihr deshalb hier den genauen Sachverhalt mitteilen, den wir von durchaus zuverlässiger Seite erfahren:

Am Dienstag, den 17. August 1920, abends gegen 9 Uhr, bemerkte der Bahnwärter Göhrs aus Kleinen dort auf dem Wege, der von Kleinen aus über Gallentin durch den Wald nach der Schwerin-Wismarschen Chaussee führt, etwa 100 Meter von dieser entfernt, einen Kastenwagen. Zugleich sah er, daß sich mehrere Leute neben dem Wege im Holz zu schaffen machten. Er teilte dies am folgenden Tage seinem Vater, dem Buschwärter Göhrs, mit. Auf dessen Anzeige wurden von der Gendarmerie Nachforschungen angestellt, und im Walde vergraben **77 Gewehre 98, 30 leichte Maschinengewehre, 16 Kisten mit je 1450 Patronen** und mehrere Kisten mit Zubehörteilen für Maschinengewehre gefunden.

Am Sonnabend, den 21. August, abends, wurden von einer Patrouille der Sicherheitspolizei, die ebenfalls Ermittlungen anstellte, an der Stelle, an der die Waffen vergraben gewesen waren, drei Personen mit einem Korbwagen getroffen, die angaben, daß sie gekommen wären, **um Waffen in Empfang zu nehmen.** Es war schon dunkel, und die Abholenden hatten sich wohl in der Person der Sicherheitsbeamten geirrt, sonst wären sie kaum so vertrauensselig gewesen. Es waren die drei Volontäre Braun, Leo und Minke, von den dem Rittmeister von der Lülge gehörenden Gütern Hornsdorf bzw. Caakstow. Sämtliche drei Volontäre sind **ehemalige Offiziere.** Sie wurden festgenommen und der Staatsanwaltschaft zugeführt.

Am folgenden Tage wurden bei einer nochmals von Beamten der Sicherheitspolizei vorgenommenen Absuchung des Gehölzes **10 Gewehre 98 und 21 Maschinengewehrläufe** im Walde gefunden.

Orgesch, Schieber & Co.

Zu dieser Notiz in Nr. 414 des „Vorwärts" vom 20. August erhalten wir folgende preßgesetzliche Berichtigung:

1. Es ist unwahr, daß die Nachrichtenabteilung in irgendeiner Beziehung zum Kapp-Putsch oder zur Orgesch gestanden hat oder steht.

2. Es ist unwahr, daß ich in Privatdienstvertrag beim Führer L in Kolberg angestellt bin.

3. Es ist unwahr, daß unter meiner Leitung mit Dienstpferden ein schwungbafter Handel getrieben wurde.

4. Es ist endlich unwahr, daß ich auf unlautere Art mir Geld durch Pferdeverschiebung verschafft hätte.

Kolberg, den 25. August 1920.

C. Mathy, Kapitänleutnant a. D.

Wir nehmen an, daß unser pommerscher Gewährsmann sich hierzu äußern wird.

Der fromme Riedel.

Man schreibt uns:

Der Allgemeine Eisenbahner-Verband fühlt sich veranlaßt, durch seinen Generalsekretär Riedel sowohl durch persönliche Versicherung bei einer Verhandlung im Reichsverkehrsministerium wie auch durch einen Artikel im „Berliner Lokal-Anzeiger" unter seinem berühmten frommen Augenaufschlag zu versichern, daß seine Mitglieder artig sind und daß der böse Vorsitzende des Hauptbetriebsrates ohne Erlaubnis der übrigen Mitglieder des Hauptrates den Aufruf zur Kontrolle der Militärtransporte unterzeichnet hat. Demgegenüber stelle ich fest, daß in der Vollsitzung des Hauptbetriebsrates am 7. August 1920, an der auch die Mitglieder des Allgemeinen Eisenbahner-Verbandes teilnahmen, beschlossen wurde, keine Waffen- und Munitionstransporte, welche zu Kriegszwecken geeignet sind, durchzulassen. Außerdem wurde dem Vorsitzenden Blanko-Vollmacht für etwa vorkommende Fälle erteilt.

Weiterhin ist noch interessant, zu bemerken, daß die Zusammensetzung des Hauptbetriebsrates eine solche ist, daß gerade der A. E. V. die wenigste Ursache hat, große Töne anzuschlagen; denn von den 20 Mitgliedern des Hauptbetriebsrates gehören ganze 2 dem A. E. V. an.

Da außerdem sowohl Vorstandsmitglieder als auch ein großer Teil der A. E. V.-Mitglieder in den sozialistischen Parteien organisiert sind, so wäre ich begierig, zu wissen, was diese Mitglieder gegen die Handlungsweise ihres Generalsekretärs zu unternehmen gedenken.

Paul Klibor, Vorsitzender des Hauptbetriebsrates.

Forderungen des Kohlensyndikats.

Die Versammlung der Mitglieder des rheinisch-westfälischen Kohlensyndikates lehnte am Freitag den Antrag der Bergwerksgesellschaft Hermann m. b. H. auf Bewilligung der Verkaufsbeteiligung nach dem Ausland einstimmig ab. Die Versammlung erklärte sich ferner damit einverstanden, daß in der am 31. August stattfindenden Sitzung des Reichskohlenverbandes ein Antrag auf Preiserhöhung um 9 M. pro Tonne gestellt werden soll, falls die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Arbeitnehmerorganisationen nicht zur Vereinbarung einer gleichmäßigen Verteilung der Ueberarbeit auf die einzelnen Wochentage führen.

Die Forderung des Kohlensyndikats läuft darauf hinaus, daß anstatt der zwei halben pflichtmäßigen Ueberschichten nach dem Ueberschichtenabkommen täglich eine Stunde Mehrarbeit geleistet, d. h. der Achtstundentag im Bergbau wieder eingeführt wird. Durch die Drohung mit der Preiserhöhung will man offenbar die Verbraucher für diesen Vorschlag gewinnen. Daß dieses Auftreten des Kohlensyndikats im gegenwärtigen Augenblick ihrer Sache förderlich ist, muß bezweifelt werden.

Der Besoldungsausschuß der Landesversammlung beendete die erste Lesung der Besoldungsvorlage. Bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Der Ausschuß wird dieser Tage in die zweite Lesung der Vorlage eintreten.

Irischer Hilferuf.

Paris, 27. August. (W.T.B.) Der diplomatische Vertreter der Irischen Republik hat einen Brief an Millerand gerichtet, in dem er ersucht, die französische Regierung möchte bei der englischen zugunsten Irlands intervenieren.

Millerand hat also ein Kompensationsobjekt für — Wrangel.

In Belfast sind neue Unruhen ausgebrochen. An verschiedenen Stellen der Stadt wurde die Polizei angegriffen. Man meldet auch mehrere Brandstiftungsversuche. In der Grafschaft Cork wurden Polizeiagenten und Soldaten angegriffen und getötet.

Der König von England hat nach Eingang mehrerer Telegramme, die er wegen Freilassung des Oberbürgermeisters von Cork erhalten hat, einen Kabinettsrat einberufen. Die Regierung ist der Meinung, daß die Vergehen, die sich der Oberbürgermeister von Cork hat zuschulden kommen lassen, so schwieriger Natur seien, daß man an eine Haftentlassung nicht denken könne, selbst auf die Gefahr hin, daß er Hungers sterbe.

Sowjetfreiheit.

Der russenfreundliche Bertrand Russel berichtet auf Grund seiner Reise nach Bolschewistien:

Erstens wird abgestimmt durch Emporheben der Hände, so daß alle, die gegen die Regierung stimmen, gezeichnet sind. Zweitens kann kein Kandidat, der nicht Kommunist ist, etwas gedruckt bekommen. Drittens kann er in keiner Versammlung sprechen, da die Hallen alle dem Staat gehören. Die ganze Presse ist natürlich amtlich.

In Landbezirken ist die angewandte Methode etwas anders. Man kann nicht garantieren, daß der Dorfsowjet nur aus Kommunisten besteht, da es im allgemeinen in den Dörfern keine Kommunisten gibt, aber wenn ich in den Dörfern fragte, wie sie in der Wolloft oder dem Gouvernement vertreten seien, wurde mir immer geantwortet, daß sie überhaupt nicht vertreten seien. Ich konnte dies nicht untersuchen, und es ist vielleicht übertrieben. Aber alle stimmten darin überein, daß, wenn sie einen nichtkommunistischen Vertreter wählten, dieser keinen Paß für die Eisenbahn erlangen und daher nicht an dem Wolloft- oder Gouvernementssowjet teilnehmen könnte.

Und das wollen uns auch die Herren von den Fürstenwalder Terroristen, die wie Entente-Lockspitzel gearbeitet haben, bis zu Ernst Däumig einbrocken!

Wirtschaft

Brauchen wir eine Außenhandelskontrolle?

Zu dieser Frage äußert sich der Reichsbevollmächtigte der Außenhandelsstelle für Eisen- und Stahlerzeugnisse Dr. Reichert in einem Bericht folgendermaßen:

„In der Sitzung des Außenhandelsausschusses ist einmütig der Auffassung Ausdruck gegeben worden, daß die Ausfuhrregelung, die sich im Kriege und der Revolution bisher so gut bewährt hat, nicht aufgegeben werden darf, solange nicht die deutsche Wirtschaft zu ruhigeren Verhältnissen und namentlich die Markvaluta zu einem stabilen Wert gekommen ist. Manche Köpfe, die für eine Aufhebung der „Zwangswirtschaft" in der Außenhandelsregelung eintreten, gehen von dem Gedanken aus, daß die Ausbalancierung der In- und Auslandspreise eine solche Regelung weiterhin unnötig mache. Solche Äußerungen stellen nicht in Rechnung, daß ebensosehr Valutaänderungen eine Verschiebung in der Preisgestaltung herbeiführen können wie ein Wiedererwachen des Wettbewerbs der deutschen Ausfuhrfirmen untereinander. Sowie die deutsche Ausfuhrregelung mit den Ausfuhrverboten aufgegeben werden würde, würden die Ausfuhrverbände verfallen und der Wettbewerb der deutschen Ausfuhrfirmen würde wieder zu einem lebhaften Kampf ausarten. **Einen solchen Luxus der Verschleuderung deutscher Werte können wir uns aber unter keinen Umständen erlauben.** Daher muß unseres Erachtens im volkswirtschaftlichen Interesse an der Außenhandelsregelung festgehalten werden. Das gilt nicht nur für die Ausfuhr, sondern auch für die Einfuhr, da gerade jetzt der Wettbewerb ausländischer Waren im Inlande eine größere Rolle zu spielen beginnt. Dieser Wettbewerb ist durch unsere Zollpolitik nicht zu bekämpfen, da wir in der Beziehung durch den Versailler Friedensvertrag gebunden sind. Daher müssen wir meines Erachtens auch unbedingt an den Einfuhrverboten festhalten, wollen wir unsere Industrie nicht dem feindlichen Wettbewerb opfern.

Der Preisausgleich in der Düngemittelindustrie.

Die Umlage, die neben den Höchstpreisen für stickstoffhaltige und phosphorsäurehaltige Düngemittel zur Erhebung kommt und einen Teil des Verbraucherpreises bildet, dient in erster Linie dazu, die Mittel zu schaffen, um wirtschaftlich ungünstig arbeitenden Werken die Weiterarbeit im Interesse einer ausreichenden Belieferung der Landwirtschaft mit künstlichen Düngemitteln zu ermöglichen. Die Umlage hat ferner den Zweck, die Einfuhr von bestimmten Düngemittelarten und Rohstoffen, die zur Herstellung künstlicher Düngemittel benötigt werden, zu fördern. Die Umlagebeträge werden hiernach ausschließlich im Interesse der Landwirtschaft verwendet. Mit den aus der Umlage zur Verfügung stehenden Mitteln ist es möglich gewesen, die Erzeugung von künstlichen Düngemitteln bedeutend zu steigern.

Freie Maiseinfuhr. Mit Wirkung vom 1. September 1920 ist die Einfuhr von Mais freigegeben worden. Von diesem Tage ab darf Mais ohne weiteres aus dem Auslande eingeführt und im Inlande frei abgesetzt werden. Das gleiche gilt für eine Reihe von Abfällen für Mais, soweit sie besonders wertvolle Kraftfuttermittel darstellen. Die Vorschriften über die Einfuhr von Maisprodukten bleiben, soweit es sich hierbei um Erzeugnisse für die menschliche Ernährung handelt, unberührt. Wer aus dem Auslande Mais und die betreffenden Abfälle von Mais aus dem Auslande einführt, ist verpflichtet, den Eingang der Ware binnen drei Tagen dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft unter Angabe der Menge und der Art anzuzeigen. Die Unterlassung der Anzeige ist unter Strafe gestellt. Nebenbei werden die Grenzzollstellen angewiesen werden, über den Eingang von Mais und Maisfuttermitteln, sowie diese frei eingeführt werden dürfen, dem Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft laufend zu berichten. Die Frage der Verbilligung des eingeführten Maises bedarf noch der Prüfung.

Abbau der Fettbewirtschaftung. Pflanzliche und tierische Oele und Fette jeder Art — mit Ausnahme von Butter, Margarine und Schmalz — sowie Seifen, Lacke, Firnisse, Oel- und Fettsäuren, die aus dem Ausland eingeführt wurden, werden fortan nicht mehr öffentlich bewirtschaftet, unterliegen jedoch der Einfuhrkontrolle.

Die Hefebewirtschaftung wurde bis zum 30. September 1921 verlängert.

Gewerkschaftsbewegung

Konflikt zwischen Beamten und Regierung.

Das Reichsministerium des Innern hatte die Vertreter der Beamtenorganisationen zum Freitag zu einer Besprechung über den Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen geladen. Zu dieser Besprechung fanden die Vertreter der gewerkschaftlichen Großorganisationen — der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Deutsche Gewerkschaftsbund — auch Vertreter von Beamtenvereinen, die sie nicht als Wortführer der Beamtenschaft anzuerkennen gewillt sind, weil sie den auf eine Bekämpfung der gewerkschaftlichen Entwicklung der Beamtenorganisationen gerichteten Bestrebungen Vorschub leisten.

In klarer Erkenntnis der außerordentlichen Gefahren, die der Beamtenschaft aus einer Fortentwicklung solcher Störungen drohen, lehnten es die Vertreter der drei genannten gewerkschaftlichen Organisationen ab, in Gegenwart jener Gegner ihrer gewerkschaftlichen Politik zu verhandeln. Da der Verhandlungsleiter, Staatssekretär Lewald, jede Berücksichtigung dieser Erklärung unter schärfster Betonung des Herrenstandpunkts schroff ablehnte, verließen die Vertreter der Gewerkschaften den Verhandlungsraum, nachdem sie noch durch eine kurze Erklärung festgestellt hatten, daß auch ein materielles Verhandeln nicht möglich gewesen wäre, weil das Reichsministerium des Innern das Material zur Verhandlung einem Teil der Großorganisationen erst so spät mitgeteilt hatte, daß eine Verständigung der Gewerkschaften untereinander unmöglich gewesen war.

Für den Konflikt, der aus diesem brüsken Vorgehen entstanden ist, muß dem Ministerium die alleinige Verantwortung zugeschoben werden. Die gewerkschaftlichen Großorganisationen sind jedenfalls nicht gewillt, sich durch eine solche reaktionäre Politik in dieser wichtigen Frage ausschalten zu lassen.

Internationaler Metallarbeiterkongreß.

Fünfter Tag.

Kopenhagen, 24. August. (Eig. Bericht.)

Der Belgier Solau sitzt der heutigen Tagung vor. Es wird die gestern unterbrochene Behandlung der internationalen Beziehungen — Verlegung des Sekretariats in ein neutrales Land — wieder aufgenommen. Der Zentralausschuß macht in dieser Sache folgende Vorschläge:

1. Der Sitz des Bundes wird nach der Schweiz verlegt. Der schweizerische Metall- und Uhrenarbeiterverband wird gebeten, das Sekretariat zu übernehmen und umgehend die hierzu nötigen Vorbereitungen zu treffen.
2. Die Verwaltung des Bundes liegt einem vom Kongreß zu wählenden Vorstand ob, der aus dem Bundessekretär und drei Mitgliedern besteht. Diese werden unter Berücksichtigung der drei Kongreßsprachen und ihrer Vertretungen gewählt.
3. Der Zentralausschuß bleibt in seiner bisherigen Zusammensetzung und mit seinen bisherigen Zuständigkeiten bestehen.
4. Ebenso werden die Kongresse als oberste Beschlußkörper mit ihren bisherigen Befugnissen beibehalten.

Die Vorschläge werden von Schlicke begründet, indem er darauf hinweist, daß das Mißtrauen, welches bei ausländischen Kollegen jetzt gegen das Sekretariat besteht, nach der Meinung des Zentralausschusses durch Verlegung in ein neutrales Land beseitigt werden könne. Als solches sei die Schweiz in Aussicht genommen, weil dort für eine solche Organisation historischer Boden sei und eine Reihe anderer Umstände, die ein ersprießliches Arbeiten wahrscheinlich erscheinen lassen.

Nach sehr lebhafter Diskussion, in der u. a. Merrheim in scharfer Weise gegen einen Versuch Dißmanns, durch Berufung auf das Statut den Kongreß auseinanderzusprengen, polemisierte, wurden Merrheim für das französische, Hansen für das skandinavische, Dißmann für das deutsche Sprachgebiet in den Vorstand gewählt. Den Engländern wird ein Sitz offen gehalten.

Auf Antrag Merrheims wurde eine Entschließung zugunsten der allgemeinen gesetzlichen Durchführung der Washingtoner Beschlüsse (Achtstundentag) angenommen.

Damit war der Kongreß am Schluß seiner Arbeiten angelangt. Der Vorsitzende Solau (Belgier) hielt die Schlußrede, die in Hoffnung auf Weitergedeihen der nun glücklich wiederbelebten Internationale ausklang.

Merrheim dankte noch in sehr herzlicher Weise dem bisherigen Sekretär Schlicke für seine jahrzehntelange Tätigkeit im Interesse der Internationale.

Unter den Klängen der Internationale ging der Kongreß auseinander.

Zur Lohnbewegung der Brauereiarbeiter.

In einer am Freitagabend tagenden Vertrauensmännerversammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter erstattete Hodapp Bericht über die Verhandlungen mit den Unternehmern. Bekanntlich konnte eine Einigung über die Forderungen der Arbeiter nicht erzielt werden. Den vom Schlichtungsausschuß Groß-Berlin gefällten Schiedsspruch haben die Unternehmer abgelehnt und auch der Demobilmachungskommissar hat den Antrag, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, abgewiesen. In seiner Begründung der Ablehnung erklärte der Demobilmachungskommissar, daß zwar die getroffene Lohnregelung im allgemeinen der Billigkeit entsprechen dürfte, daß er aber eine zwangsweise Festsetzung der Löhne nur dann rechtfertigen könne, wenn ein solches staatliches Eingreifen zur Aufrechterhaltung des Wirtschaftslebens unerläßlich erscheint. Diese Voraussetzung treffe nicht zu.

Nach dieser Ablehnung hat sich die Organisationsleitung nochmals mit den Unternehmern ins Einvernehmen gesetzt. Diese erklärten jedoch, daß sie für eine Einigung kein Mandat besitzen und daß sie erst ihre Mandatgeber befragen müssen. Vor Dienstag könne eine Antwort nicht gegeben werden. Der Situation entsprechend empfahl Hodapp, vorläufig keine endgültige Stellung zu dieser Frage zu nehmen. Nach kurzer Diskussion wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die die Organisationsleitung verpflichtet, nach den Verhandlungen mit den Unternehmern unverzüglich eine neue Versammlung einzuberufen, die über die weiteren Maßnahmen entscheiden soll.

Streik im Stettiner Transportgewerbe.

Wegen Lohnstreitigkeiten sind Freitag früh in Stettin die Arbeiter des Transportgewerbes in den Ausstand getreten. Es kommen mehrere Tausend Arbeiter in Frage, die in der Spedition, im Warengroßhandel, auf den Kohlenplätzen und im Rollgewerbe beschäftigt sind. Der Grund des Streiks ist Verweigerung einer vom Schlichtungsausschuß den Arbeitern zugebilligten wöchentlichen Lohnzulage von 10 bzw. 6 M. seitens der Arbeitgeber.

Generalstreik in Stuttgart?

Die TU. meldet: Eine Vollversammlung der Betriebsräte der Stuttgarter Großbetriebe hat mit großer Mehrheit den verschärften Generalstreik, in welchen auch Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke sowie sonstige lebenswichtige Betriebe einbezogen werden, beschlossen und einen Aktionsausschuß eingesetzt, der die näheren Bestimmungen über Umfang und Dauer des Generalstreiks festsetzen soll. Die Beamten der Verkehrsanstalten, von Post und Eisenbahn lehnen die Teilnahme am Streik ab.

Transportstreik in Leipzig.

Wolff meldet: Durch den Streik im Leipziger Transportgewerbe wird die bevorstehende Messe schwer geschädigt, da zahlreiche Meßgüter noch auf der Eisenbahn lagern und nicht abgefahren werden können. Trupps Streikender durchzogen vormittags die Stadt und suchten jeden Transport von Meßgütern lahmzulegen. Es sind große Ansammlungen Streikender, vor allem am Hauptbahnhof und an den Güterbahnhöfen, zu bemerken, wo alle Transporte kontrolliert werden.

Man schließe doch Frieden mit den Arbeitern, dann wird man nicht zu klagen brauchen.

Angestelltenstreik im Zelluloid-Großhandel.

Wegen Verweigerung der durch Schiedsspruch festgesetzten Gehaltszulagen sind am Freitag die Angestellten obiger Branche in den Streik getreten. Die Arbeitgeber haben es scheinbar auf den Machtkampf ankommen lassen wollen, denn kaum war der Streik proklamiert, so hat sich eine der bedeutendsten Firmen sofort schriftlich bereit erklärt, den Tarif mit allen Nachzahlungen ab 1. Mai anzuerkennen. Der Scharfmacher der Branche, Herr Simon Knoller, konnte freilich dem Ausbruch des Kampfes ruhig zusehen, hatte er es doch verstanden, sein ganzes Personal geschlossen zum Austritt aus dem Verbande zu zwingen, um sie „individuell", d. h. noch unter dem November-Tarif zu bezahlen.

Streik in den Mostrichmühlen.

Die bei den Mostrichmühlen Kühne, Brunnenstr. 111 und Keil, Memeler Str. 5, beschäftigten Müller befinden sich seit dem 12. August im Streik. Der Stundenlohn der gelernten Müller beträgt zurzeit 4,20 M., wohingegen der niedrigste Lohn der ungelernten Arbeiter 4,30 M. und derjenige der ungelernten Arbeiter auf dem Essigboden 4,75 M. beträgt. Andere gelernte Arbeiter im Betriebe erhalten 5,80 M. im Stundenlohn. Die Forderung der Müller geht neben einer angemessenen Erhöhung des Lohnes auf Abschaffung der neunten Arbeitsstunde täglich, die nicht bezahlt und auch nicht in Form von einer Pause ausgeglichen wird. Leider ist zu verzeichnen, daß Lohnfuhrwerke Streikarbeit leisten und die Senfkörner und Gefäße von der Fabrik zur Bahn resp. anderen Mühlen fahren und den fertigen Mostrich für die bestreikten Firmen von dort wieder abholen. Das muß unter allen Umständen unterbleiben, und fordern wir hierdurch die in Betracht kommenden Kutscher auf, derartige Streikarbeit nicht mehr zu leisten.

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter.

Verband der Buchbinder.

Der Schiedsspruch für die Großbuchbindereien vom 15. Juli als Nachtrag des Reichstarifs, welcher höhere Lohnsätze vorsieht, ist am 19. August als verbindlich erklärt worden. Trotzdem lehnen die Unternehmer die Bezahlung ab und behaupten, daß der Reichsarbeitsminister kein Recht hätte, in die privaten Verhältnisse der Unternehmer einzugreifen. Was gedenkt der Reichsarbeitsminister zu tun, um seine Verfügung zur Durchführung zu bringen? Kollegen, übt Solidarität, nehmt keine Arbeit in den Großbuchbindereien an! Die Branchenleitung.

Deutscher Transportarbeiterverband. Technisches Bühnenpersonal. Sonntag, den 29. August, vormittags 9 Uhr, Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15, Saal 1, Branchenversammlung. Verbandsbuch legitimiert.

Sport.

Rittmeister Weinschenck, der in Prag stürzte, zog sich einen dreifachen Bruch des rechten Oberschenkels und eine Splitterung des Knies zu.

Der Arbeiter-Segelklub „Fraternitas" feiert am Sonntag, den 29. d. M., nachm. 1½ Uhr, die Einweihung seines neuen Bootshauses auf dem Klubgrundstück in Köpenick, Marienstraße, unweit der Kolonie Wendenschloß. An der Feier werden die verschiedensten Arbeiter-Wassersportvereine teilnehmen. Es sind unter anderem auch Wasserspiele in und vor dem geräumigen Bootshafen geplant. — Freunde des Arbeiter-Wassersports sind willkommen.

Arbeiter-Radfahrerbund „Solidarität". Ortsgruppe Berlin, II. Abteilung. Sonntag früh 5 Uhr und 12 Uhr, Bade- und Abkochtour nach dem Steinitzsee. — Dienstag, abends 6 Uhr, Werbefahrt. Demonstration gegen die neuen Fahrverbote. Sämtliche Starts Fontanepromenade 18.

In der Amol-Angelegenheit, die der Obersten Rennbehörde zur Entscheidung vorlag, ist der Rechtsbeistand des Rennstallbesitzers Wittig von der Obersten Rennbehörde dahin verständigt worden, daß die äußere Anwendung von Amol als ein Mittel, das die Leistungsfähigkeit des Pferdes erhöhe und dennoch verboten sei, nicht betrachtet würde.

Die alte Arpile, 1907 in Frankreich gezogen, die viele Siege auf ihr Konto brachte und ein unverwüstliches Pferd war, brach bei einem Sturz in Horst-Emscher ein Bein. Die Stute mußte erschossen werden.

Gerichtszeitung.

Ein „vorbildlicher" Amtsvorsteher.

Aus Waldenburg wird uns berichtet: Der Güterdirektor und Amtsvorsteher Faber aus Neuhof im Kreise Striegau in Schlesien hatte sich vor der Strafkammer in Schweidnitz zu verantworten. Ihm wurde zum Vorwurf gemacht, daß er ganz erhebliche Mengen von Brotgetreide, etwa 200 Zentner, teils verschrotet und verfüttert, teils gegen Kohlen umgetauscht und so der allgemeinen Ernährung entzogen hatte. Ueber eine Anzahl Zentner beschlagnahmter Kartoffeln und den Verbleib von fünf fetten Schweinen konnte der Herr vor Gericht eine nur wenig befriedigende Auskunft erteilen. Faber wurde zu 25 747 M. Geldstrafe verurteilt.

Wetteraussichten für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag. Ziemlich kühl, im Westen zeitweise aufklarend und einzelne Regenschauer. Im Osten meist bewölkt mit wiederholten Regenfällen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: H. Lepère-Hermsdorf; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.
Hierzu 1 Beilage.

Das neue
PROGRAMM
der S.P.D. aufzubauen, ist die
dringlichste Pflicht aller Parteigenossen.
Darum muß sich jeder mit den auf Anordnung des Parteivorstandes herausgegebenen 28 Gutachten zur
Revision des Erfurter Programms
eingehend befassen :: Preis 8,75 Mark
Zu beziehen durch:
Buchhandlung Vorwärts, SW 68, Lindenstraße 2

NEUE LYRIK
Im individuellen Erlebnis kosmischer Gehalt. Erschütterungen der Zeit als Offenbarung des Ewigen. Wege zu neuen formalen und geistigen Synthesen in folgenden wichtigen Bänden:
Hedwig Lachmann
Gesammelte Gedichte
gebd. M. 33.—
Max Barthel
Das Herz in erhobener Faust
Balladen aus dem Gefängnis
In Marmorpapier kart. M. 5.—
Max Barthel
Die Faust
kart. ca. M. 17.50
Friedrich Sieburg
Die Erlösung der Straße
kart. ca. M. 8.—
Gustav Kiepenheuer Verlag, Potsdam

In Kürze erscheint
L. Trotzki
Terrorismus und Kommunismus.
Anti-Kautsky.
Aus dem Inhalte: Das „Kräfteverhältnis". Die Diktatur des Proletariats. Demokratie. Der Terrorismus. Die Kommune von Paris. Marx und — Kautsky. Die Arbeiterklasse und die Sowjetpolitik. Die Probleme der Organisation der Arbeit. Karl Kautsky, seine Schule und sein Buch. Zirka 180 Seiten. Preis zirka 6 Mk.
Bestellungen nehmen entgegen: Buchhandlung der K.P.D., Neukölln, Bariheistr. 9; Arbeiterbuchhandlung, Berlin, Annenstr. 1, und der Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg, Admiralitätstr. 19.

„Neuwirtschaft"
Lieferungsvereinigung der Landwirtschaft, Industrie, Stadt-, Land- u. Industriearbeiterschaft G.m.b.H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 16. — Telephon: Moritzplatz Nr. 2863.
Unter gemeinschaftlicher Mitarbeit von Landwirten und Landarbeitern liefern wir von sofort ab
waggonweise ca. 300000 Zentner Kartoffeln
direkt
an Arbeiterverbände, Betriebsorganisationen, Gewerkschaften zu reellen Großhandelspreisen oder im Austausch gegen Kohlen, künstlichen Dünger, sowie Textilsachen für Landarbeiter.
Schriftliche Anfragen sofort erbeten.
1646b

Willst Du Möbel? geh' zu Krause 40 Kastanien-Allee 40

Keine Frau
sollte verabsäumen, ausführlichen Prospekt über hygienische Artikel kostenl. einzufordern. Auf Wunsch sachgem. Beratung
Frau B. Koopmann, Berlin 220, Potsdamer Str. 104.

Speisekartoffeln,
nur in Wagenladungen, hat abzugeben M. Braband, Kähe i. d. Altmark. 882b

Oberlandesgerichtsrat
außerd. sachgemäße Rechtsberatung, Abwicklung schwierigster Fälle. Ehe, Alimenten, Vertrauenssachen, Ermittelungen. Potsdamer Str. 115, Lützow 2494. Direktor Fabisch.

2
Bücher der Völkerverständigung: eine politische Schrift und ein Roman!
Friedrich Stampfer: Von Versailles zum Frieden! 4 Mark
Steiner-Jullien: Wilhelm Picard 5 Mark
Hierzu 20 Prozent Aufschlag
Verlag Buchhandlung Vorwärts
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Magenleidende welche die ärztlich empf. radioaktiven Neu-Ragoczy-Heilquellen-Hauskur trinken erzielen hervorragende Heilerfolge. Verlangen Sie Prospekte von den Neu-Ragoczy-Heilquellen
durch das Propaganda-Bureau der Bad Neu-Ragoczy-Aktien-Gesellschaft in Halle a. S., Barfüßerstraße 7 (Telephon 4667) oder von Gerhard H. O. Iwan, Berlin-Karlshorst, Prinz-Heinrich-Straße 11. (Telephon Oberschöneweide 3201.) Ueberall erhältlich zum Preise von M. 2.00 pro ¾ Liter-Flasche frei Haus. 81/20*